

## Telegraphische Depeschen.

\* Wiesbaden, 29. April. Se. Maj. der Kaiser unternahm gestern mit der Frau Großherzogin von Baden eine längere Spazierfahrt. Zum Vortrage wurde heute von Sr. Maj. der Generalmajor v. Albrecht empfangen. Anlässlich des heutigen Geburtstages des Kaisers Alexander von Russland findet große Gala statt, wozu die Notabilitäten der hiesigen russischen Colonie, die Generale v. Prigelwitz, v. Bentheim, v. Göben, v. Tresckow sowie mehrere pensionierte Generale und die Spitzen der Behörden sowie der Oberbürgermeister Einladungen erhalten haben.

Berlin, 29. April. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Regierung einem vorgeschlagenen Gültigen Abkommen zugestimmt und eine Vereinbarung wegen Auszahlung einer Witwendotation und sonstiger Privatrevenuen an die Exkönigin von Hannover aus dem Welfenfonds abgeschlossen hat. (Wes.-Z.)

\* Fulda, 29. April. Bei der heute hier stattgehabten Erwahlung eines Abgeordneten zum preußischen Landtag an Stelle des Abg. Herlein wurden 144 Stimmen abgegeben, der Seminarlehrer a. D. Friedrich Koch hier (Centrum) wurde mit 143 Stimmen zum Abgeordneten gewählt.

\* Wien, 29. April. Nach einer Meldung der Neuen Freien Presse hat Aleko-Pascha einem Mitarbeiter des genannten Blattes gegenüber geäußert, er werde gegen die Mitte des Monats Mai an seinem Bestimmungsorte eintreffen. Ein detailliertes Programm habe er noch nicht ausarbeiten können. Der Gouverneur von Ostrumeliens werde gleichzeitig der Machtvollstrecker der europäischen Commission sein. In allen wichtigen Fragen werde die Majorität der Commission das entscheidende Wort sprechen. Der Gouverneur werde zwischen der Pforte und der Commission eine vermittelnde Stellung einnehmen. Die Pforte werde dem Gouverneur seine Befehle ertheilen, welche ihn in Gegensatz zu der Commission bringen könnten. Die Bevölkerung werde Ruhe halten, um die Wiedereinführung der militärischen Truppen unnötig zu machen.

Sollte das Wirkliche türkischer Truppen in Ostrumeliens erforderlich sein, worüber die europäischen Mächte zu entscheiden hätten, so würde er das Land wieder verlassen müssen. Der Gouverneur von Ostrumeliens könnte nicht gleichzeitig Fürst von Bulgarien sein, dies widerstrebe dem Berliner Vertrage. Mit der Frage seiner Kandidatur habe er sich noch nicht beschäftigt, weil er keinerlei Veranlassung dazu gehabt habe. Die größte Aussicht auf Erfolg habe die Kandidatur des Prinzen von Battenberg.

\* Wien, 29. April. Der Herausgeber der Neuen Freien Presse, Michael Etienne, ist plötzlich gestorben.

\* Budapest, 29. April abends. Unterhaus: Seitens der Regierung wurde eine Vorlage eingebracht betreffend den Ankauf der Waagthalbahn. Das Unter-

haus nahm den Gesetzentwurf betreffend die Einverleibung von Spizza an.

\* Bern, 29. April. Der Bundesrat hat den Schriftsteller Heinrich Joachim Gehlsen aus Thunringen in Schleswig-Holstein, früher in Berlin, jetzt hier, sowie Alfonso Danesi aus Bologna, Director der Italienischen Druckerei in Genf, wegen Missbrauchs des Asyls zu aggressiver publicistischer Thätigkeit, welche mit der völkerrechtlichen Stellung der Schweiz unverträglich ist, aus der Schweiz ausgewiesen.

\* Rom, 28. April. Der italienische Delegirte bei der Commission für die Regulirung der serbisch-türkischen Grenze, Major Belini, ist heute nach Belgrad abgereist. — Die Deputirtenkammer ist mit der Berathung der Vorlagen über die Eisenbahnbauten beschäftigt.

\* Madrid, 29. April früh. Die Infantin Christine (geboren 29. Oct. 1852), zweite Tochter des Herzogs von Montpensier, welche zu Ausgang vergangenen Monats in Sevilla erkrankte, ist gestern Nachmittag gestorben; infolge des Todesfalles wird der König sich heute nach Sevilla begeben.

\* London, 29. April. Wie dem Renter'schen Bureau aus der Capstadt vom 8. April gemeldet wird, ist General Pearson mit der Garnison von Etoe am Angelusflusse angekommen. General Chelmsford befindet sich mit dem Generalstabe auf dem Wege nach Durban. Dem Berchnach nach hätten die Julius Etoe besetzt; gerüchteweise verlautet, Ketschwayo habe sich jenseit des Umvolosflusses zurückgezogen. Das Gericht, die Boote würden Vortreß Grete als Geisel zurückbehalten, entbehrt der Begründung.

\* London, 29. April morgens. Der Times zu folge wird General Wolseley Anfang Mai von Cypern hierher zurückkehren.

\* Cienowa, 29. April mittags. Der Prinz Alexander von Battenberg ist einstimmig durch Acclamation zum Fürsten von Bulgarien unter dem Namen Alexander I. gewählt worden.

\* Washington, 29. April. Präsident Hayes hat dem Cabinet eine Befreiung zugeschenkt, in welcher gegen das volkstige Armeebudget ein Veto eingelegt wird; dieselbe wird heute oder morgen der Repräsentantenkammer überwandt werden. — Die Enquête-commission für die Münzfrage hat ein Gesetz angenommen betreffend die Emission von Certificaten à 5 Doll., welche durch den in der Staatskasse vorhandenen Münzvertrag gedeckt werden, durch das Gesetz werden diese Certificaten auch zur Zahlung der Binfen der Nationalschuld zugelassen. Der Münzfuß für Gold wurde auf 258 $\frac{1}{2}$  Grains, der für Silber auf 412 $\frac{1}{2}$  Grains festgesetzt.

\* New York, 27. April. Ein hier veröffentlichter Brief von den Samoainseln enthält die Angabe, daß General Bartlett trotz der Einsprache des deutschen Consuls zum Ministerpräsidenten ernannt worden sei. Einige Tage früher unter dem 10. April teilten

amerikanische Blätter mit, laut Nachrichten aus Samoa sei ein Vertrag zwischen Deutschland und der dortigen Regierung abgeschlossen worden, durch den Deutschland einen Hafen erwirke; der Vertrag gleiche demjenigen mit den Vereinigten Staaten und verstöre nicht gegen die Interessen der Union. Einem amerikanischen Bürger sei die Krone angeboten worden. Die verschiedenen Parteien sännen auf Krieg. (Köln. Z.)

## Die Behandlung der Zoll- und Finanzvorlagen im Reichstage.

N.L.C. Berlin, 29. April. Die zur Zeit stattfindenden Besprechungen der Fraktionen des Reichstages beziehen sich naturgemäß zunächst auf die geschäftliche Behandlung der Zoll- und Steuervorlagen. Die Frage ist bekanntlich vor den Herren von einer gewissen Presse in der gehäufigsten Weise aufgebaut worden. Um so erfreulicher ist es, daß im Reichstage allem Anschein nach eine Verständigung über dieselbe ohne erhebliche Schwierigkeiten zu erreichen sein wird. Definitive Entschlüsse haben die einzelnen Fraktionen natürlich noch nicht fassen können. So viel darf indefs als feststehend angenommen werden, daß der Gedanke einer sofortigen Berathung des ganzen Zolltarifs im Plenum von keiner Seite vertreten wird. Andererseits scheint allgemeines Einverständnis darüber zu herrschen, daß kein Grund vorliegt, sämtliche Positionen des Tarifs zur Commissionsberathung zu stellen. Nothwendig wird die letztere nur für diejenigen Positionen sein, welche entweder als reine Finanzzölle in untrennbarem Zusammenhange mit der Frage der Reichsfinanzreform stehen, oder als Schutzzölle in Bezug auf ihre Zweckmäßigkeit und ihre maßnahmlichen Wirkungen einer eingehenden fachverständigen Prüfung bedürfen.

Innerhalb der national-liberalen Partei ist man der Ansicht, daß neben den Steuervorlagen aus dem Zolltarif zunächst sämtliche Finanzzölle, also die sogenannten handelsgeringen Artikel, der Commissionsberathung zu unterwerfen seien. Es handelt sich dabei um die Nummern 25 (Material- und Specerei, auch Conditorwaren und andere Consumtibilien) und 29 (Petroleum). Über den Umfang der auszuwählenden Schutzzölle gehen die Meinungen noch auseinander. Unerlässlich dürfte die Vorberathung sein für sämtliche die Textilindustrie berührende Positionen, für die Drogier-, Apotheker- und Farbwaren, für Glas, Leder und Thontwaren. Zweckhaft kann man sein betreffe des Eisens, der Instrumente, der Kleider und Leibwäsche, der Kurzwaren, der Wolle. Die übrigen Artikel — darunter Getreide- und Viehzölle — werden sofort nach Schluss der ersten Berathung in das Plenum zu nehmen sein, sodass also die öffentlichen Sitzungen keineswegs, wie im vorigen Herbst bei der Berathung des Socialistengesetzes, für die Dauer der Commissionsarbeiten ausgestellt würden.

Die Deutsche Afrikanische Gesellschaft.

+ Berlin, 24. April. In der letzten Sitzung des Ausschusses der Afrikanischen Gesellschaft in Deutschland gab der Vorsitzende des Vorstandes zunächst einen Überblick über die Thätigkeit des Gesellschafts in den vergangenen Jahren. Daraus ging hervor, daß von den vier an Ort und Stelle befindlichen Reisenden Dr. Otto Schütz mit Erforschung des oberen Laufes des Duanga beschäftigt ist und daß seine bisherigen Leistungen namentlich auf kartographischem Gebiet zu den besten Erwartungen berechtigen. Dr. Dr. Buchner hatte keinen letzten Nachrichten zufolge die Küste von Coamba verlassen, befand sich bei trefflicher Gesundheit und bereitete mit Eifer seine große Reise vor, welche ihm vom Süden aus gegen das Kongoboden und vielleicht durch den ganzen afrikanischen Continent in umgekehrter Richtung von der Cameron's und Stanley's führen soll. Dr. G. Nohlss war mit seinem Begleiter Dr. Stedler längere Zeit in Tripolis aufgehalten worden, wo er die Ankunft des von Sr. Maj. dem Kaiser für den Sultan von Bocai bestimmten und unterwegs leider auf Versagen ausgebliebenen Geschenks erwartete. Dieselben sind inzwischen angekommen und es ist wahrscheinlich, daß die beiden Reisenden, welche ihre Vorbereitungen zum Ausbruch längst beendet hatten, gegenwärtig bereits aufgebrochen sind. Wegen einiger kleinerer Reisen, welche im nördlichen Afrika in Aussicht genommen sind, um junge Reisende mit islamischen Sitten und Gebräuchen bekannt zu machen, ihnen die Gelegenheit zu geben, das Arabische gründlich zu erlernen und sich so für

größere Reisen befähigt zu machen, schweben die Handlungen noch. Die zur Weiterführung dieser Unternehmungen erforderlichen Mittel wurden vom Auschuss einstimmig bewilligt.

Den wichtigsten Gegenstand der Berathung bildete jedoch das Anerbieten Sr. Maj. des Königs der Belgier: aus den Mitteln der Internationalen Association der Afrikanischen Gesellschaft die Summe von 40000 Frs. zu überweisen, falls dieselbe zwischen der Ostküste Afrikas und dem Tanganiakasee eine deutsche Station anzulegen übernehmen wolle. Dieser Gedanke fand in der Versammlung allgemeinen Beifall und es wurde einstimmig beschlossen, das Anerbieten anzunehmen und zur Gründung der Station aus Mitteln der Gesellschaft noch die Summe von 16000 Fr. zu bewilligen. Dabei wurde ausdrücklich betont, daß die Station zwar vornehmlich als Stützpunkt für deutsche und frende Missionen dienen soll und daß den dort anzusiedelnden Siedlungen der Afrikanischen Gesellschaft ein weites Feld für wissenschaftliche Forschungen aller Art eröffne, welches nicht vernachlässigt werden dürfe. Einstimmig wurde indessen auch anerkannt, daß die Gesellschaft nach Maßgabe ihrer Statuten nunmehr auch praktische Ziele erstreben und bei der Gründung der Station für die Anknüpfung von Handels- und Verkehrsbeziehungen Sorge tragen müsse. In diesem Sinne wurde der Vorstand beauftragt, das Project seiner Ausführung entgegenzuführen.

## Herr Blanqui.

Aus Paris vom 27. April wird der Kölnischen Zeitung geschrieben;

Die Politik ist augenblicklich mit Kleinigkeiten beschäftigt, die nur als Zeichen der Zeit Bedeutung haben, wie die Wahl Blanqui's, die einem Times-Berichterstatter Gelegenheit gab, die Times und den National gleichzeitig mit einer Unterredung zu begleiten, in der bestätigt wird, was wir schon längst wußten, daß dieser „große Geschwärer“, der 40 Jahre wie eine Bestie hinter Schloss und Riegel gehalten wurde, ein Idealist ist, der nur den einen Gedanken hat: „Alles muß ruiniert und die Anarchie auf den Altar gezeigt werden.“ Blanqui's „Gefährlichkeit“ besteht weniger in seiner Manie, als in der Dummheit vieler Franzosen, an diesen Propheten des Utopias zu glauben, und in der Rolle, die gewisse Leute ihm spielen lassen, weil sie durch diesen Popanz die Menge an sich zu fesseln hoffen. Ranc zumal, der wieder in Paris ist, liebt solche Manöver: wie er Barodet in Scène setzte, so jetzt Blanqui. „Mr. wie der Blowitz“, der „die Relique des streitbaren Socialismus“ in Clameaux am 26. April besuchte, zeigt uns seinen Held in der That als eine Ruine, aber als die Ruine nicht eines intelligenten Fanatisches, sondern als die eines Narren, der sich's zum ewigen Ruhme anrechnet, daß er allein seit 1831 stets denselbe horrende Anarchie gehabt, während alle seine Genossen schwache Sünden hatten, wo sie von ihm abwichen und an der alleinstigmachenden Anarchie zweifelten oder verzweifelten. „Barum verschworen sie sich gegen Ludwig Philipp?“ fragt Blowitz. Antwort: „Er gefiel uns nicht! Er hatte die Tugende entstellt. Er war die Fortsetzung von Karl X.“ In dieser Weise geht es fort. Nebenbei erzählen wir dann auch, daß „d'abord et avant tout il faut dochristianiser la France“ (dass vor allen Dingen Frankreich zu entchristlichen sei).

Blanqui sieht überall Inquisition: sie verbrennt nicht mehr, aber sie lebt ein. Man versucht Journalisten, weil sie die Religion lächerlich machen; „es muss erlaubt sein, die Religion im Namen des Vernunft lächerlich zu machen“. Blowitz lädt sich mit dem Gefangen auf einen Dialog über Staat und Kirche ein. Dann kommen die siebenen Heere zur Sprache. Natürlich ist Blanqui dagegen, entwaffnen soll Frankreich aber nicht, aber Frankreich soll



Es bedarf nur eines Blickes auf die vorstehend bezeichneten Aufgaben, um zu erkennen, daß eine einzige Commission dieselben in der für den Rest der Session zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu bewältigen vermöge. Zudem liegen die Aufgaben in zwei grundverschiedenen Richtungen; die eine Richtung hat lediglich die Vermehrung der Reichseinnahmen im Auge, die andere zielt in erster Linie auf die Hebung der wirtschaftlichen Production Deutschlands ab. Diese Verschiedenheit zeigt ganz von selbst den Weg, wie die Commissionarbeiten zutheilen sind. Es werden, was den Zolltarif betrifft, zwei Commissionen zu ernennen sein, von denen der einen die Finanzartikel, der andern die Schutzzölle, soweit dieselben nicht zur sofortigen Plenarberatung geeignet sind, überwiesen werden. Der ersten würde naturgemäß neben der Braufeuervorlage auch der Tabaksteuerentwurf zufallen. Die Tabaksteuer wird indeß eine so eingehende technische Prüfung erfordern, daß es zweckmäßig erscheint, für sie eine besondere Commission einzurichten.

Wird die eigentliche Finanzcommission auf diese Weise einerseits entlastet, so wird sie sich andererseits der Aufgabe unterziehen müssen, überhaupt den Umsang des Bedürfnisses für die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches, worüber die Regierung bis jetzt bestimmte Angaben unterlassen hat, genau zu prüfen und den Ertrag der erhöhten, bezüglich neuen Zölle zu veranschlagen. Vor allem aber wird ihr auch die Lösung der Frage der vielversprochenen konstitutionellen Garantien obliegen. — Nach diesen Vorschlägen würden wir also unmittelbar nach der ersten Lesung der in Rede stehenden Vorlagen, die übrigens wahrscheinlich erst am Freitag beginnen und sich bis tief in die nächste Woche hinein erstrecken wird, drei für die Vorberatung derselben bestimmte Commissionen an der Arbeit sezen. Bei der Wichtigkeit der Sache dürfte es sich empfehlen, jede derselben mit 28 Mitgliedern zu besetzen.

### Die bulgarische Fürstenwahl.

\* Leipzig, 30. April. Der durch den russisch-türkischen Krieg und den Berliner Vertrag vom vorigen Jahre neu geschaffene Staat Bulgarien hat nun auch seinen Fürsten. Gestern ist, nach einem Telegramm aus Tarnow vom 29. April, das wir oben mitteilten, von der Notabelnversammlung derselbst der Prinz Alexander von Battenberg, und zwar einstimmig unter dem Namen Alexander I. zum Fürsten von Bulgarien gewählt worden.

Prinz Alexander Joseph von Battenberg ist der zweitälteste Sohn des Prinzen Alexander von Hessen, Bruders des vorigen und Oheims des jetzt regierenden Großherzogs von Hessen — somit Vatersgeschwisterkind (Cousin) dieses letztern. Sein Vater ging 1851 eine unebenbürtige Ehe ein mit der Tochter eines Grafen v. Haase, polnischen Kriegsministers und Wojwoden; dieselbe ward vom Großherzog zur Prinzessin von Battenberg ernannt. Battenberg ist ein kleiner Ort im Kreise Biedenkopf, welcher Kreis damals (1851) zu Hessen gehörte, aber 1866 an Preußen abgetreten und dem Regierungsbezirk Wiesbaden zugeschlagen ward. Der Ort gehörte ehemals einer reichsunmittelbaren Familie Battenberg an, die aber ausgestorben ist; noch existiren dort Trümmer eines Schlosses Kellenberg,

anders gewappnet werden. An seine Freilassung glaubt Blanqui nicht. „Es ist ihnen zu wichtig, mich festzuhalten.“ Blanqui ist Halbgegarter, er ist blos Obst, Gemüse, aber auch Milch und Eier: „er hat Misstrauen gegen die Ruhungsmittel, die ihm gereicht werden.“ Dies findet selbst Blanqui, der sich sonst sehr naiv hält, verübt. Sein Endurchein lantet: „Ich fühle mich unbedingt neben dieser obstinaten Intelligenz, die nichts Positives hatte als Vernichtungsträume, und bei der jede Idee des Wiederaufbaues nur im negativen Zustand vorhanden ist, und obnein sagte er mir ohne Zweifel nicht, bis zu welchen Consequenzen der Vernichtung er vorgehen könnte, da er wußte, daß ich das, was er sagte, veröffentlichten würde.“ Das ist der Mann, mit dem die Großen der großen Nation, die Gambetta, die Blanc etc., jetzt Parade machen, und den sie gegen Gesetz und Recht Sieg und Stimme unter den Gewählten des allgemeinen Stimmrechts erzwingen wollen. Uebrigens hat auch Figaro heute einen Leitartikel: „Ein Tag in Clairvaux“, in welchem sogar der Plan des Gefängnisses abgedruckt ist. Aus dieser Schilderung geht hervor, daß Blanqui sich sein Essen selbst bereitet; als sein Arzt meinte, er ermüde sich damit zu sehr, und fragte: „Vous n'avez pas peur qu'on vous empoisonne?“ (Sie fürchten doch nicht, daß man Sie vergiftet will?) antwortete er: „Mais si!“ (Gewiß!) Dieser Berichtsteller ging so weit, ihn zu fragen: „Aber, wenn Sie an der Gewalt sind, was werden Sie zum Siege Ihrer Ideen thun?“ Antwort: „Ich werde Actionspolitik treiben!“ Der Berichtsteller fügte hinzu: „Und über dieses Wort ist er nicht hinauszubringen.“

### Leipziger Stadttheater.

B-sch. Leipzig, 30. April. Die gestrige Vorstellung der Gottschall'schen Tragödie „Amy Robsart“ vor völlig ausverkauftem Hause, in der unsere jugendliche Tragödin Fr. Josephine Wessely als Abschiedskolle die Titelheldin spielte, gestaltete sich zu einer Reihe

welches wol deren Stammsitz gewesen sein mag. Deinen Titel der Mutter überliefen nun auch die Kinder, da sie, als aus unebenbürtiger Ehe entstanden, Titel und Rang wirklicher Prinzen von Hessen nicht erhalten konnten.

Prinz Alexander von Battenberg ist geboren am 5. April 1857, steht also im 23. Lebensjahr, und ist Secondlieutenant im 2. großherzoglich hessischen Dragoner-(Leibdragoner-)Regiment und à la suite des kaiserlich russischen 8. Ulanenregiments. Weitläufig verwandt ist derselbe einerseits mit dem russischen Hofe, da die Tochter des verstorbenen Großherzogs von Hessen, also die Cousine des Prinzen, die Gemahlin des Kaisers Alexander ist, andererseits aber mit dem englischen, da die unlängst verstorbene Gemahlin des jetzt regierenden Großherzogs, also ebenfalls eine (wenn auch nur angeheirathete) Cousine des neuen Fürsten der Bulgaren, eine englische Prinzessin war.

Bekanntlich kamen bei der Wahl für den neu begründeten bulgarischen Fürstenthron zunächst zwei Candidaten in Frage: der Prinz von Battenberg, für den angeblich Kaiser Alexander II. sich interessirt, und ein Neffe des von der Pforte zum Gouverneur von Ostromeliens ernannten Aleko-Pascha, Emanuel Bogorides. Letzterer galt als Candidat derjenigen Partei in Bulgarien, welche eine Verschmelzung Bulgariens und Ostromeliens am lebhaftesten betreibt. Ganz neuerlich hieß es, England habe eine dritte Candidatur aufs Tapet gebracht, die des dänischen Prinzen Waldemar, der durch Heirath ebenfalls sowohl mit der englischen als mit der russischen Dynastie verschwägert ist. Von dem Prinzen Neuz, dem deutschen Botshafter in Konstantinopel, war früher wol auch, zuletzt aber kaum mehr die Rede. Bei einer am 28. April vorgenommenen Vorabstimmung waren, nach einer Mittheilung des Neuen Wiener Tageblattes, 68 Stimmen für den Prinzen von Battenberg, 48 für Emanuel Bogorides, 14 für den russischen General Ignatiew abgegeben worden. Bei der wirklichen Wahl haben dann, wie gemeldet, sämtliche Stimmen auf den erstgenannten sich vereinigt.

### Zur Lage in Russland.

Über die Lage in Petersburg geht der augsbürger Allgemeinen Zeitung von dort unter dem 22. April ein sehr bemerkenswerther Artikel zu, in welchem es heißt:

„Nichts ist für die Unbekanntheit des Auslandes mit russischen Zuständen und Menschen so bezeichnend wie die von einem großen Theile der deutschen und der französischen Presse ausgedrochene Erwartung: es werde das gegen die Person Sr. Maj. des Kaisers gerichtete Attentat eine kräftige, vielleicht allzu kräftige allgemeine Reaction im westeuropäischen Sinne herbeiführen. An Ausnahmemafregeln wird man es nicht fehlen lassen und läßt man es schon jetzt nicht fehlen — dieselben tragen aber insgesamt einen so gewaltigen Charakter, daß an ihre Aufrechterhaltung und Durchführung nicht entfernt zu denken ist; die Wirkung des neu inaugurierten Systems der Angst und Verlegenheit wird sich in der Hauptsache darauf beschränken, die Unzufriedenheit über immer weitere Kreise zu verbreiten und immer mehr Menschen davon zu überzeugen, daß aus dem gegenwärtigen Chaos von Unordnung, Willkür und Corruption auf friedlichem Wege nicht herauszukommen ist.“

von Orationen (Herrnruhe, Blumen, Kränze etc.), in welchen einerseits eine Huldigung für das Talent der jungen Künstlerin, andererseits aber auch das tiefe Bedauern ausgedrückt lag, mit dem das leipziger Publikum dieselbe von hier scheiden sieht.

Wir haben an dieser Stelle die Eigenartigkeit in der Begabung des Fr. Wessely in den verschiedensten dramatischen Gestalten zu analysiren gesucht, wir haben ihre verhältnismäßig schnelle künstlerische Entwicklung, die sie seit ihrem Angehörigkeit zur hiesigen Bühne unter einer so verständnisvollen Lehre und Leitung wie die des Dr. Förster in ihren einzelnen Stadien verfolgt; aber auch sehr oft die wirklichen Mängel und die Grenzen ihres schauspielerischen Könnens nicht verschwiegen. In dem Moment, wo die junge Künstlerin unsere Bühne zu verlassen gedenkt, begleiten auch wir sie mit den besten Wünschen für ihre weitere künstlerische Fortentwicklung, welche in dem neuen und weiten Wirkungsfreise, der sich ihr nun eröffnet, nach Lage der Dinge den Kampf mit so manchen Schwierigkeiten zu bestehen haben dürfte. Doch hoffen und wünschen wir, der gute Genius der Kunst werde sie dort zu dem zwar steilen, aber erhabenen Ziele künstlerischer Vollendung führen: „Per aspera ad astra!“

In Betreff der übrigen Mitwirkenden in der Gottschall'schen Tragödie behalten wir uns noch einige Bemerkungen für eine der nächsten Nummern dieses Blattes vor.

Das von uns als sehr nützlich gehaltene Buch von Arthur v. Studnić: „Amerikanische Arbeiterverhältnisse“, hat in den Vereinigten Staaten selbst die

Die ausgesprochenen Extreme sind derzeit hierunter zusammengefaßt: auf dem Papier stehen Daseinlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, ein gewisses Selbstbestimmungs- und Selbststeuerungsrecht der Provinziallandschaften, Autonomie der Universitäten und höheren Lehrkörper, Freiheit der hauptstädtischen Presse etc. — in Wirklichkeit ergeht eine durch Katholizität und Todesangst halb ungerechtfertigte gewordene Verwaltung sich in Willkürlichkeit der absurdesten und kindlichsten Art. Die mäßigsten und russenfreundlichsten Zeitungen des Landes gehen uns nicht anders als halb geschwärzt zu — die von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, der National-Zeitung, dem Journal des Débats etc. in Veranlassung des Attentats veröffentlichten Artikel sind z. B. sämtlich unterdrückt worden; sobald irgendein Thema das Publikum zu interessiren beginnt, wird die Diskussion desselben von der Oberpreßverwaltung untersagt; auf die harmlossten Kritiken öffentlicher Nebenstände folgen Verwarnungen und Chicaneen der abgeschmacktesten Art; dem Golos ist z. B. das Recht zum Straßenverkaufe entzogen worden, weil er seine Verwunderung darüber äußerte, daß in Odessa ein paar zehnjährige Knaben wegen Hinneigung zu „staatsgefährlichen Ideen“ aus dem Gymnasium ausgeschlossen wurden.

Die Universitäten zumal und sonstigen höheren Lehranstalten werden mit einer Strenge und einem Misstrauen überwacht, welche Lehrenden wie Lernenden alle Freiheit benimmt und immer wieder zu der Beleidigung Veranlassung gibt, dieselben könnten eines Tages vollständig unterdrückt werden. Nicht nur, daß man die Petersburger Medicinisch-Chirurgische Akademie in ein auf ein Drittheil ihrer Schüler beschränktes Internat verwandelt und dadurch Hunderte mittellos junger Leute auf das Pfaster geworfen hat — täglich werden Studenten und Schüler verwandt in Anstalten aus den geringfügigsten Ursachen ausgeschlossen, Professoren verwarnt und gemahngestellt, Bürger und Vorlesungen verboten, die jahrelang erlaubt gewesen waren. Der geringste Widder sprach gegen das System des Unterrichtsministers Grafen Tolstoi wird als Hochverrat angesehen und demgemäß behandelt.

Die jetzt decretierte Unterordnung der Universitäten sowie sämtlicher Preherzeugnisse unter die provisorischen Generalgouverneure hat diese Widerrinnigkeiten auf die Spitze getrieben und einen Zustand von Unsicherheit und Verwirrung geschaffen, der jeder Beschreibung spottet; das von den Professoren der hiesigen Universität eingerichtete collective Abschiedsgesetz hat sich darum der allgemeinen Zustimmung und des Beifalls von Leuten zu erfreuen, denen niemand anarchistische oder auch nur radikale Neigungen zuschreiben kann.

Noch schlimmer sieht es auf dem Gebiete der Strafrechtspleiße aus. Es ist Regel geworden, daß Leute, die für politisch verdächtig gelten, nicht vor den Richter gestellt, sondern auf administrativem Wege, d. h. ohne jede vorgängige Untersuchung, interniert, in die östlichen Gouvernements oder nach Sibirien verwiesen werden, und daß man von dem Ausgange derjenigen Processe, welche die öffentliche Aufmerksamkeit am stärksten erregen, niemals etwas zu hören bekommt. Dieselbe Regierung, welche außer Stande ist, die geheime Presse zu unterdrücken und der Verschwörung auf die Spur zu kommen, der jetzt Duzende von

verdiente Anerkennung gefunden, sowol von Seiten der Presse als sogar an offizieller Stelle. In dem soeben veröffentlichten amtlichen Berichte des Bureau für Arbeitsstatistik in Boston wird darüber gesagt: „Ein höchst wichtiges Werk ist soeben in Deutschland erschienen; es ist bezeichnet als Amerikanische Arbeiterverhältnisse von Arthur v. Studnić, der sich zur Untersuchung der Arbeiterfrage hierher begab. Dieses Werk gibt die Leistungen des amerikanischen Arbeiters vor denen des deutschen den Vorzug. Der Bericht sagt, daß der Amerikaner in der Regel den deutschen Arbeiter in der Energie, dem Geschick und der Gewissenhaftigkeit, mit welcher er sich seiner Arbeit widmet, übertrifft. Diese Ansicht ist auch von anderer Seite bestätigt worden, namentlich auch von dem Vertreter der Schweiz bei der Weltausstellung von Philadelphia, welcher erklärt: „Uns bleibt nur eins übrig, wenn wir den Verfall unserer Industrie verhindern wollen, und das ist, die Amerikaner nachzuholen.“

— Im Verlage der Musikalienhandlung von Breitkopf & Härtel in Leipzig gibt Professor Emil Bressau eine Notenschriftshule heraus. Die Fertigkeit des Notenschreibens war in früheren Zeiten, wo an die riesige Vermehrung der Musik durch Stich und Druck nicht zu denken war und keine Gesetze das Abschreiben des vorhandenen Gedruckten verbieten, eine allgemein verbreitete; die Noten trieben selbst die lernenden Kinder an, wollten sie das Geplante als Eigentum behalten, zur Freude zu greifen und Noten zu malen. Die weit verbreitete und stets gepflegte Übung ergab in früherer Zeit eine gute, lesbare, oft dem Stich ähnliche Notenschrift, gegen welche die unschöne, unsichere und schlecht leserliche unserer Zeit wesentlich zurücksteht. Der Gedanke des Herausgebers, das Notenschreiben methodisch, ungefähr nach den Gesetzen der fotografischen Vorschriften zu lehren, verdient daher besonders in den Kreisen der Musikkritiker ernsthafte Würdigung, weil durch das Aneignen der Fertigkeit des Notenschreibens die Schüler zur genauer Kenntnis der gehörten Stücke und zur Überlegung des Inhalts bezüglich Rhythmus, Harmonie und Satzbaus angereitet werden.

höheren und niederen Beamten zum Opfer gefallen sind, führt gegen alles, was entfernt nach Kritik bestehender Einrichtungen und gleichgültiger Verwaltungsmahregeln schaut, den leidenschaftlichsten Krieg, macht jede Meinungsausübung der Provinzialvertretungen unmöglich und überbiert sich in Willküracten, deren Kurzathmigkeit und Erfolglosigkeit für alle Denkenden auf der flachen Hand liegen. Ist es da zu verwundern, wenn Unzufriedenheit und Verbitterung immer weiter um sich greifen, und wenn die öffentliche Meinung den zeitweiligen Gewalthabern noch feindlicher ist als den Siedlern der öffentlichen Ruhe und Ordnung?

Gewiss hat das gegen das Leben des Kaisers gerichtete Attentat den allgemeinsten Unwillen erregt; allein noch lebhafte ist der Unwill darüber, daß nicht einmal der Versuch gemacht wird, durch Herstellung fester, geordneter und berechenbarer Zustände das Selbstvertrauen der Nation zu kräftigen, den vorhandenen Uebeln zu steuern und der Gesellschaft die Möglichkeit einer Theilnahme an dem Kampfe gegen Willkür, Gesetzlosigkeit und Corruption zu bieten. Während alle Welt von der Unmöglichkeit durchdrungen ist, auf dem bisherigen Wege der Ausnahmemahregeln und der auf dem Papier bleibenden Gesetze vorwärts zu kommen und die Verwaltung des ungeheueren Reiches in den Händen eines halben Dutzend unsäglicher Leute zu lassen, erklärt die Regierung den Ausnahmestand in Permanenz, indem sie den Versuch macht, das halbe Reich unter einen Belagerungsstand zu bringen, dessen Aufrechterhaltung im günstigsten Falle nur kurze Zeit und auch dann nur bei Sichtung aller regelmäßigen Tätigkeit des Staatsorganismus möglich erscheint. Wie soll auf Befestigung auch nur der schlimmsten durch die Ergebnisse des Krieges bloßgelegten Uebel gerechnet werden, solange die Willkür von fünf mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüsteten Generälen das oberste Gesetz des Landes bildet und die bloße Beschaffung mit den Ursachen unserer finanziellen Notlage, der militärischen Desorganisation, der absoluten Unfruchtbarkeit der Landschaftsinstitutionen und des lästigen Zustandes der öffentlichen Unterrichtsanstalten für Hochverrat gilt und mit Acht und Bann bestraft wird?

### Deutsches Reich.

In einem „A Royal Sorrow“ überschriebenen Artikel veröffentlicht die londoner Truth die Telegramme, welche zwischen der Deutschen Kaiserin, der Königin Victoria und der Kronprinzessin des Deutschen Reiches anlässlich des Hinscheidens des Prinzen Waldemar von Preußen gewechselt wurden. Die Kaiserin Auguste telegraphierte am 28. März an die zur Zeit in Paris weilende Königin Victoria:

Ichtheile Ihnen schmerlich beweget mit, daß unser kleiner Waldemar einen Anfall der schrecklichen barthaften Krankheit erlitten. Sie nahm einen so guten Verlauf, daß nichts zu fürchten scheint. In der Nacht trat aber ein plötzlicher Umhang ein und den armen Kleinen nahm Gott zu sich.

Dann folgen nachstehende Telegramme in englischer Sprache. Die Gräfin Balmoral an die Kronprinzessin des Deutschen Reiches, Berlin:

Mein geliebtes theueres Kind, wie schrecklich, wie furchtbarlich, wie gräßlich! Werde können nicht meinen Kummer, mein Herzleid ausdrücken für Dich, mein süßes Kind. Ich glaubte, jede Gefahr war vorüber.

Die Kronprinzessin des Deutschen Reiches an die Gräfin Balmoral, Paris:

Ich sah das vielgeliebte Kind, das nicht mehr unter den Lebenden, zum letzten male. Es starb morgens 2 Uhr an einer Herzähmung. Ihre verzweifelte Tochter Victoria.

Die Königin an den Großherzog von Hessen-Darmstadt:

Dein trauerndes Herz wird bluten, wenn Du hörst, daß Waldbi beimgangen ist, wie die süße kleine Mary! Wie furchtbarlich! Wie schrecklich! Möge Gott die andern beschützen!

× Berlin, 29. April. Der Kronprinz wird in dieser Woche sich nach Rüssingen zu einem Eugebrauche begeben. — Der Wirkl. Geh. Oberregierungsrath Schuhmann, zuletzt Unterstaatssekretär im Staatsministerium, früher Director im Finanzministerium, ist von dem Kronprinzen zum Präsidenten des Verwaltungsrates der Wilhelms-Spende ernannt worden. — Vom Reichskanzler sind dem Bundesrathe unter dem 25. April zwei Nachtragsforderungen zum Etat 1879/80 überreicht worden. Die eine bezieht sich auf die Kosten der Beteiligung an der Ausstellung zu Sydney, für welche 200000 M. als Zufluss zu dem Reichshaushalt für das laufende Etatjahr verlangt werden. Die zweite Nachtragsforderung beansprucht 25000 M. für die Revision der Rechnungen über die von Frankreich für die deutschen Occupationstruppen gezahlten Verpflegungsgelder. — Auf Grund der vom Justizamtschutz des Bundesrathes in der Sitzung vom 19. April gemachten Vorschläge in Bezug der Wahl der Präsidenten und Räthe für das Reichsgericht haben die stattgefundenen Wahlen die allerhöchste Sanction erhalten. Aus dem Reichs-Oberhandelsgericht treten in das Reichsgericht: als Senatspräsidenten die Vicepräsidenten Dr. Drechsler und Pocheder, als Räthe Dr. v. Hahn, Dr. v. Bangerow,

Dr. Wenz, Dr. Gallenkamp, Dr. Hoffmann, Dr. Fleischauer, Dr. Voissel, Dr. Puchelt, Vangerow, Schilling, Hullmann, Dr. Wiener, Dr. Krüger, Buss, Dr. Mayboom, Dr. Dreyer, Dr. Hambruch, Dr. Wittmaack, Mahmann. Präsident ist Simson, Vicepräsidenten sind Dr. Heinrich vom Obertribunal, Usteri, bisher Präsident des Oberappellationsgerichts in Magdeburg, Drenckmann, bisher Appellationsgerichtspräsident in Marienwerder, Dr. v. Beyerle aus Stuttgart, Dr. Bingner aus Karlsruhe. Als Räthe treten ein vom Obertribunal: Dr. Baer, Friedrich, v. Specht, Petersen, Platner, Hennig, Hartmann, Werner, v. Gravenitz, Lesser, Rappold, Thewald, Webst, Schwarz, Schomka, Kirchhoff, v. Horcade, Meyer, Wulfert, Rassow, Stechow, Dähnhardt; ferner der Oberstaatsanwalt beim Obertribunal Schiller, der Vicepräsident Möli aus Kassel, Dr. Bulze aus Dessau, die Räthe Kulumus, Dürscheidt und Hauser aus Baiern, die Räthe Wend, Petzsch und Müller aus Sachsen, Gomolin, v. Streich und v. Geß aus Stuttgart, Wieland aus Baden, v. Buri aus Hessen, Dr. Spies aus Braunschweig, Dr. Agricola aus Thüringen, Dr. Schlesinger aus den Hansestädten, Derscheld aus dem Elsaß. Als Oberrechtsanwalt am Reichsgericht wird fungieren der bisherige Oberstaatsprocurator v. Sekendorff in Köln, als Reichsanwälte treten ein der bisherige Oberstaatsanwalt beim Obertribunal Wolf v. Wolff, der bisherige Reichsanwalt beim Oberhandelsgericht Hofinger und der bairische Staatsanwalt Stenglein.

— Über die Beschlüsse, welche die Fraktionen des Reichstags in ihren Sitzungen am 29. April gefaßt, hört die Magdeburgische Zeitung: „Die National-Liberale haben sich vorläufig hinsichtlich der geschäftlichen Verhandlung der Zoll- und Steuervorlagen dahin schlüssig gemacht, daß drei Commissionen eingesetzt werden sollen, eine für die Steuervorlagen (Brau- und Tabaksteuer), eine für die Finanzzölle und eine dritte für die Schutzzölle. Von den letztern sollen die Zölle auf Getreide, Vieh, Holz und Eisen im Plenum erledigt, die übrigen meist in den Commission berathen werden. Diese Vorschläge sollen den andern Fraktionen mitgetheilt werden und man hofft, auf Grund derselben eine Verständigung zu erzielen. Von der Deutschen Reichspartei, welche bereits gestern Abend Beschuß gefaßt hat, wird dagegen die Einsetzung von nur zwei Commissionen — eine für die Schutzzölle und eine für die Finanzzölle und Steuervorlagen — proponirt. Was das Materielle der Vorlagen betrifft, so finden dieselben bei der Deutschen Reichspartei mit geringen Ausnahmen volle Zustimmung. Die Deutschconservativen haben in später Nachmittagssitzung ihre Verathung noch nicht zu Ende geführt. Das Centrum neigt der einfachen Plenarberathung der Schutzzölle und Steuervorlagen zu, während es für die Finanzzölle eine commissarische Verathung wünscht. Die Fortschrittspartei endlich tritt erst heute Abend zu einer Fraktionssitzung zusammen, um zu den in Rede stehenden Fragen Stellung zu nehmen. Wie wir hören, wollen auch die Polen morgen eine Sitzung zu diesem Zweck abhalten. Dieselben sind, wie bekannt, neuerdings den Schutzzöllen keineswegs unbedingt zugethan. Die Sozialdemokraten sind gegen Zölle auf Nahrungsmittel, werden jedoch für Zölle auf Eisen und für Textilzölle eintreten.“

— Die National-Liberale Correspondenz schreibt unter dem 29. April: „Wie man hört, sind verschiedene sächsische Reichstagabgeordnete von den landwirtschaftlichen Vereinen ihrer Wahlkreise ersucht worden, für den Fall, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze für die landwirtschaftlichen Zölle nicht in erheblich höherem Betrage durchzusetzen sein sollten, gegen den ganzen Zolltarif zu stimmen.“ Uns ist darüber etwas Zuverlässiges noch nicht bekannt geworden.

— Bluntschli in seinem Rechtsgutachten: „Die Nachbesteuerung des Tabaks und die Rechtsordnung“, erklärt bekanntlich die Nachbesteuerung des noch unter dem gegenwärtig bestehenden Tabakzoll eingeführten und nach demselben versteuerten Tabaks für rechtlich ungültig. Dagegen, meint er, wäre nichts zu sagen, wenn die Reichsregierung erklärte: „Eine künftige Zollerhöhung ist in Sicht. Wir werden nun zwar, bis das neue Gesetz in Wirklichkeit tritt, nach demselben verfahren und nur die mindern Zölle erheben, aber wir werden zugleich beantragen, daß die Zollerhöhung auf alle Einfuhr, von einem bestimmten nahen Terme an, nachträglich durch ein Gesetz bewilligt werde.“ Würde der Handel in solcher Weise gewarnt, sagt Bluntschli, so könnte er sich nicht beklagen, daß die vorhandenen Tabakvorräthe, wenn sie keine Nachsteuer bezahlen müßten, dazu missbraucht werden könnten, um von dem Fiscus durch Versendung ins Ausland eine Ausfuhrprämie zu erhalten, welche der Fiscus zahlen müßte, ohne den Gegenwert zu empfangen zu haben, lasse sich dadurch vermeiden, daß während ein paar Jahren überhaupt keine Ausfuhrprämien bezahlt würden, ausgenommen, soweit der Beweis erbracht sei, daß die Waare nach der Steuer-

erhöhung producirt und bereits mit der höheren Steuer belegt und diese bezahlt worden sei.

Auch die National-Zeitung ist der Ansicht, daß es im fiscalischen Interesse notwendig sei, der weiteren Einfuhr ausländischer Tabake zu den alten Zollsägen möglichst bald ein Ende zu machen. Es könnten sonst in den nächsten Monaten, bis das Tabaksteuergesetz zur Annahme und Einführung gelange, die Tabakvorräthe noch eine weitere beträchtliche Vermehrung erfahren. Wie verlautet, sei denn auch der Gedanke einer Sperrmaßregel in Erwägung gezogen, nach welcher von einem möglichst nahen Termine ab Tabak nur unter der Bedingung zugelassen werde, daß der später zu beschließende höhere Zoll auf ihn Anwendung finde und daß für die Errichtung desselben genügende Sicherheit gestellt werde. „Die Errichtung einer solchen Maßregel“, sagt die National-Zeitung, „empfiehlt sich heute mehr als je, da die Aussichten auf die Billigung der Nachsteuer erheblich im Schwanken sind. Was aber zu geschehen hätte, das müßte mit einer Schnelligkeit geschehen, die nicht von neuem der Speculation erlaubt, einen Vorsprung zu gewinnen.“

— Die Neue Preußische Zeitung schreibt: „Der Weser-Zeitung wurde kürzlich aus Berlin geschrieben, daß der Reichskanzler mit Rücksicht auf den Widerstand schutzzöllnerischer Kreise gegen die Getreidezölle geäußert habe, eine Tarifrevision ohne Schutz für landwirtschaftliche Producte sei für ihn unannehmbar. Nach unseren Informationen ist an dieser Stellung des Reichskanzlers zur Tarifrevision von vornherein nicht zu zweifeln gewesen.“

— Aus Berlin vom 28. April schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Die Erhöhung des Militäretats, von welcher in letzter Zeit vielfach die Rede gewesen ist, gehört zu den Ereignissen und Fragen, welche ihren Schatten vorauswerfen. Wenn wirklich, wie einerseits neuerdings mit dem Anschein großer Bestimmtheit behauptet, andererseits jedoch noch vielfach bezweifelt und geleugnet wird, nach genauer Information behauptet worden ist, daß die Errichtung noch eines zweiten Feldartillerieregiments beim 15. Armeecorps jetzt schon in Aussicht genommen sein sollte, so bleibt doch kaum zu erwarten, daß sich die Endabsicht der Regierung auf eine solche an sich doch nur geringfügige Maßregel beschränken möchte. Die Entscheidung dieser Angelegenheit dürfte vielmehr aller Vorauflösung nach durch das Endergebnis der Verhandlungen über die Zoll- und Steuerverfrage mitbedingt werden. Wenn es hierbei der Regierung gelingen sollte, dem Reiche die entsprechenden neuen, selbständigen Einnahmequellen zu eröffnen, so bleibt kaum zu bezweifeln, daß bei der für 1880, resp. 1881 bevorstehenden neuen Beschlusssatzung über das Reichs-Militärgesetz sehr umfassende Anforderungen für die Erweiterung des deutschen Heeresstandes an den Reichstag gestellt werden würden. Der Umfang derselben liegt darin angebietet, daß bereits 1875 bei dem 13. (württembergischen) Armeecorps ein Landwehrregiment und bei dem 15., vorerst überhaupt nur provisorisch zusammengestellten Armeecorps sieben Landwehrregimenter errichtet worden sind, für welche sich in den stehenden deutschen Armee die mit den Nummern derselben correspondirenden Linienregimenter noch nicht vorhanden finden. Auch ist seit langem die Errichtung eigener Elsaß-lothringischer Truppenkörper sowohl aus militärischen wie politischen Gründen als im hohen Maße wünschenswerth bezeichnet worden und hat ein Vorgehen hiermit auch aus den Reichslanden selbst bereits eine mehrfache Befürwortung erfahren. Jede Mitteilung darüber, wie weit die Regierung bei der vorbezeichneten Gelegenheit ihre Forderungen für die Erfüllung dieser militärischen Wünsche und Ansprüche ausdehnen möchte, muß jedoch vorerst sicher noch als verfrüht erachtet werden.“

— Die Weser-Zeitung berichtet man aus Berlin vom 28. April: „Die Designirung des Corvettenkapitäns Zumbsch zum Consul auf den Samoainseln mit dem Charakter eines Generalconsuls scheint aufs neue zu bestätigen, daß die Reichsregierung nicht gewillt ist, eine einseitige Beworzung einer fremden Nation auf den Samoainseln zum Nachtheile ihrer daselbst wohnenden Landsleute zu dulden. Die Nordamerikaner, welche schon längst auf die Samoainseln, die für ihre Dampfschiffslinie von San-Francisco nach der Südsee von großer Wichtigkeit sind, ihr begehrliches Auge geworfen haben, machen kein Hehl daraus, daß sie die Inseln sich zu unterwerfen streben. Anfangs schien es, als ob die washingtoner Regierung diesen Umtrieben, welche von Abenteurern wie dem berüchtigten Obersten Steinberger ausgingen, durchaus stände, bald zeigte sich jedoch, daß diese Annahme irrig sei, denn die Regierung der Vereinigten Staaten drang auf die Gewährung einseitiger Vortheile für die Amerikaner und trat auch wegen der Errichtung von Kohlenstationen und vergleichbar mit den Regierungsbürgern auf den Samoainseln in Verbindung. Die Reichsregierung protestierte gegen diese vertrag-

widrigen Zugeständnisse und bestand auf gleicher Behandlung der deutschen Ansiedler. Um diesem Verlangen den gehörigen Nachdruck zu geben, wurde die Entsendung von Kriegsschiffen und zeitweilige Besiegereigreifung der Insel Upolu für notwendig erachtet. In den Verhandlungen mit den Regierungshäuptern auf den Samoainseln därfte sich der Umstand, daß unser Consul, Dr. Weber in Apia, den verwickelten Verhältnissen nicht unparteiisch genug gegenüberstünde, fühlbar gemacht haben, aus welchem Grunde die Designirung eines vollständig unabhängigen Verfassungsconsuls wünschenswerth erschien. Die getroffene Wahl ist eine ganz vortreffliche. Corvettenkapitän Zembisch, der dem Staate der Admiralität angehört, hat zu wiederholten malen in den schwierigsten Fragen, so namentlich während des Karlistenkrieges, sich als ein fahrlässiger und energischer Mann erwiesen, der zur vollen Zufriedenheit seiner vorgesetzten Behörde die ihm anvertrauten Interessen gewahrt hat.

Wie man der Kölnischen Zeitung aus Berlin schreibt, hat das französische Kundscreiben wegen Griechenlands eine günstige Aufnahme gefunden. Man erwartet gemeinsame Rathschläge der Mächte in Konstantinopel, daß die Porte zunächst die Ausgangspunkte der Congreslinie annehme. Wegen Ostrumeliens soll eine Einigung auf den bekannten Grundlagen bevorstehen, wenn nicht schon erzielt sein. Die russischen Offiziere der bulgarischen Miliz werden wahrscheinlich vorläufig bleiben, was mehrere Mächte dem Vernehmen nach deshalb zugelassen haben, weil man dadurch Russland für die Aufrechthaltung der Ordnung während des Provisoriums verantwortlich machen könne. Später würden diese Offiziere zu ihren verschiedenen Regimentern nach Russland zurückkehren.

In der «Italie» finden wir über den Stand der Verhandlungen zwischen Deutschland und dem Vatican folgende Mittheilungen:

Ein großer Theil des deutschen Clerus bildete, gehorsam den geheimen Weisungen der verfolgten und vertriebenen Bischöfe, eine stillschweigende Opposition gegen Regierung und Gesetz. So war die Zwieträcht im freien Wahlkreis und verhinderte alle Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens. Fürst Bismarck hatte die Aufmerksamkeit des Heiligen Stuhles auf diese schwer Unzulänglichkeit und auf den Widerspruch gelenkt, welcher sich daraus zwischen der Haltung des Vaticans und jener der Bischöfe ergebe. Der Papst und Cardinal Nina prüften die Frage und erkannten, daß die Thatsachen bis zu einem gewissen Punkte mit den Erklärungen übereinstimmen müßten. Es wurden daher an die Ordinariate Instructionen gesendet, worin sie aufgeshortet wurden, durch ihre Handlungen keine Schwierigkeiten hervorzurufen und sich an die Regeln zu halten, welche die Klugheit in einem Augenblicke vorschreibt, da man sich der Lösung der großen Frage nähert, welche die Kirche vom Staate trenne. Diese Instructionen hatten eine wesentliche Besserung der Beziehungen zwischen den geistlichen und Civilbehörden zur Folge. Auch wird bald ein modus vivendi gefunden sein, die große Principfrage aber wegen der Mai-gefeie, deren Abschaffung sich im gegenwärtigen Augenblicke unmöglich hoffen läßt, bleibt noch fortwährend in der Schwebe.

Dass das abfällige Urtheil Renan's über die Deutschen den Fall des Golos, dieses ultrarussischen Blattes, findet, kann nicht wundernehmen. Aber auch das ungarische Blatt Pesti Naplo stimmt in dasselbe ein, ja findet es noch zu mild. Die National-Zeitung bemerkt dazu: „Das möchte noch hingehen, ob die Ungarn uns lieben oder uns abgeneigt sind, ob sie uns schätzen oder herabsetzen, kann uns ziemlich gleichgültig sein. Aber dasselbe Blatt dringt darauf, das germanische Element, wo es im Bereich der Stephanskronie noch Boden hat, zu unterdrücken. Temesvár, ein Mittelpunkt deutschen Lebens, soll magyarisiert werden, die Schwaben im Banat sollen einem andern Comitat zugelegt werden, in welchem sie dem Schwerpunkt des Magyarenthums sicher bald erliegen. Szegedin, nicht Preßburg, soll der Sitz der neu-zuerrichtenden dritten Universität und so zu einem Mittelpunkte des magyarischen Lebens werden. Die Mittel, welche die Deutschen innerhalb wie außerhalb Österreichs zur Linderung der Not in Szegedin gesammelt haben, können daher leicht eine Verwendung finden, die sich direkt gegen das Deutschthum richtet. Der Pesti Naplo sollte für seinen Artikel das Motto wählen: «Die Welt soll über unsere Undankbarkeit erstaunen!»“

Württemberg. In Stuttgart hielt jüngst der Reichstagsabgeordnete der Nissenz, Kammerpräsident Hölder, eine Versammlung, um sich mit seinen Wählern über die Zoll- und Steuerfragen zu besprechen. Hölder, der sich darauf berufen konnte, daß er auf Grund eines gemäßigt-schutzföllnerischen Programms gewählt worden, erklärte sich im allgemeinen als Anhänger der Bismarckschen Wirtschaftsreform. Die Ansichten der Versammelten gingen indeß in Bezug auf die einzelnen Positionen weit auseinander. Der Commerzienrat Chevalier (der frühere Reichstagsabgeordnete) sprach gegen die Garnzölle, durch welche die für den Export arbeitende Weberei schwer geschädigt werde. Gemeinderath Reiniger, Cigarrenfabrikant, erklärte die in seiner Branche gemachten Vorschläge für ganz unannehmbar. Andere wieder, wie die Leider-industriellen, verlangten noch höhere Schuhzölle. Von

seiten der Vertreter der Kleingewerbe wurde die Befürchtung laut, daß durch die Zölle auf Gegenstände des täglichen Verbrauchs die Lebensmittel verteuert und insbesondere die Fleischpreise erhöht würden. Im ganzen jedoch war die Stimmung der Versammlung für die Hauptgedanken der geplanten Reform eine günstige.

Elsah-Lothringen. Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Elsah-Lothringen vom 20. April: „Seit einigen Tagen circuliert hier ein als Manuscript gedrucktes Flugblatt: «Einige Gedanken eines Alterssässers über die Zukunft des Reichslandes», das in der möglichst baldigen Einverleibung des zeitigen Reichslandes in Preußen das einzige Mittel sieht, die Lage zu klären und alle politischen Unsicherheiten und Gefahren für die Zukunft zu beseitigen. Aus der Lebhaftigkeit, mit welcher der Verfasser den Republikanern und Klerikalen unter den Autonomisten des Landesausschusses entgegentritt, könnte man versucht sein, ihn in den Reihen der conservativ-lutherischen Partei zu suchen, die seit den Tagen des Generalgouvernements sich ganz still verhalten hat. Was er zur Kritik des Reichslandes sagt, hat vieles Richtiges: Der gesunde Menschenverstand fühlt, daß wir ja doch preußisch sind. Die nebelhafte Gestalt eines Reichslandes ist nie begriffen worden. Der gesunde Sinn des Volkes treibt zu einem Entweder-Oder, zu einer klaren, reinen Situation. Und wenn ihm einige Autonomisten und Bureaukraten (an anderer Stelle werden sie specificirt als wesentlich släbdeutsche, particularistisch gefärbte Beamte und einige norddeutsche Streber, deren Ideal eine ungestörte burokratische Herrschaft sei) unaufhörlich vorpauken, daß wir keine Preußen sind und sein wollen, so merkt es sich das nur zu gut, aber nicht um reichsländisch zu werden, sondern um wieder mit ganzem Herzen sich zu Frankreich zu lehren.“

#### Österreich-Ungarn.

Der Kaiser hat unter dem 27. April folgendes Handschreiben an den Minister des Innern erlassen:

Lieber Graf Taaffe! Während meiner mehr als dreißigjährigen Regierung habe ich nebst manchen trüben Stunden auch viele Freuden mit meinen Völkern getheilt, aber eine reinere, innigere Freude konnte mir wohl kaum geschaffen werden als in den leichtvollsten Tagen. Sie ward mir durch die Liebe meiner Völker bereitet! Tief bewegt fühlen wir uns, ich und die Kaiserin, von diesen spontanen Kundgebungen aufrichtiger Liebe und treuer Anhänglichkeit. Von einzelnen und Vereinen, Corporationen, Gemeinden und Verbänden, Vertretern aller Länder, aus allen Ständen und Schichten der Bevölkerung wurden uns die rührendsten Beweise aufrichtiger Freude, die herzlichsten Glückwünsche entgegengebracht. Ich bin stolz und glücklich zugleich, Völker, wie sie dieses Reich umfaßt, als meine große Familie betrachten zu können, in deren uns heute umgebenden Liebeszeichen wir auch eine Wirkung jenes himmlischen Segens erblicken, den wir vor 25 Jahren am Traualtar für unsern Bund erlebten und den wir von der Gnade Gottes für unser bisheriges Familienglück, für unsere gesiedelten Kinder sowie zum Heile des Vaterlandes auch ferner hin erhofften. Die rauschenden Festlichkeiten sind vorüber, aber die dauerbare Erinnerung an diese Tage wird nie aus unserem Herzen schwinden. Nur wenigen von den Millionen konnten wir mildeß unsern Dank aussprechen; verstanden Sie es daher allgemein, daß wir allen, allen innigst und herzlichst danken.

Ein weiteres Handschreiben an den Kriegsminister Graffen Yblant-Rheindl zeigt demselben an, daß der Kaiser aus Anlaß der Feier seiner Silbernen Hochzeit ein Kapital von 310000 fl. in notenverzinslichen Rentenobligationen der einheitlichen Staatschuld aus seinem Privatvermögen widme, aus dessen Erträgnisse 20 Freiplätze in den Offiziersstabs-Erziehungsinstituten zu Hernals und Leopoldstadt, welche allmählich nach Bülfäsigkeit der Räumlichkeiten zu besetzen sein werden, und 10 Freiplätze im Militärwaisenhaus zu Bischofshof zu bestellen sind.

In einer budapesti Correspondenz der National-Zeitung heißt es: „Aufsehen erregt hier der Empfang, den die lithographierte offiziöse Pester Correspondenz dem neuen Generalconsul des Deutschen Reiches in Budapest, Dr. Busch, in einem anscheinend inspirierten Artikel bereitet hat. Nur weiß man nicht, ob die etwas maliziösen Bemerkungen über die künftige Thätigkeit des Dr. Busch auf eine Taktlosigkeit des wiener Presbureau oder auf die offenkundigen Verbindungen der Pester Correspondenz mit dem hiesigen französischen Consulat zurückzuführen sind. Die gebaute Mittheilung behauptet, daß Dr. Busch berufen sei, in Budapest «Politik im großen Stile» zu treiben, während seine Collegen (die Consuls anderer Mächte) sich auf geschäftliche Berichte beschränken. Fürst Bismarck, heißt es, «will seinen Ausspruch betreffend des Schwerpunktes der Monarchie in Osten durch Dr. Busch zur Geltung bringen.» Es ist unrichtig, wenn die offiziöse Correspondenz behauptet, die fremden Consuls in Budapest beschränkten ihre Thätigkeit auf Abschrift geschäftlicher Berichte an ihre Regierungen. So z. B. entwidelt der hiesige französische Consul im Interesse Frankreichs eine sehr eifrig Thätigkeit. Er unterhält mit den hervorragendsten Politikern aller Parteien eine rege Fühlung; er ver-

einen gewissen Einfluß auszuüben und er hat seine Hand in so manchen Dingen, von denen man am Ballhausplatz zu Wien sich nichts träumen läßt. Eine Politik im größeren Stile wird auch Dr. Busch nicht treiben können.“

— Michael Etienne, dessen Tod telegraphisch aus Wien gemeldet wird (s. oben), war 21. Sept. 1827 in Wien geboren. Schon sehr früh (1843) trat er als Übersetzer französischer Dichterwerke auf. An die Bewegung von 1848 beteiligte er sich schriftstellerisch durch eine Broschüre: «Österreich und Europa» und durch Artikel in wiener Blättern, blühte auch einmal für seinen Freiheit durch eine Freiheitsstrafe. Er lebte 1850–55 in Paris als Correspondent deutscher Blätter, ward eine Zeit lang auch dort wegen seiner Opposition gegen den Staatsstreich in Haft gehalten. Nach Wien zurückgekehrt, trat er als Chefredakteur erst bei der «Donau», dann bei der «Presse», ein, sagte sich aber nebst seinem Freunde und Collegen Max Friedländer (der ihm am 20. April 1872 im Tode vorangegangen) 1864 von diesem Blatte los und gründete mit ihm die Neue Freie Presse, die durch sein und Friedländer's bedeutendes Talent bald eine hervorragende Stellung in der europäischen Publicistik errang und solche auch nach Friedländer's Tode unter Etienne's alleiniger Redaktion behauptete. Etienne war jedenfalls einer der gewandtesten und geistvollsten unter den österreichischen Publicisten.

#### Schweiz.

Mit Bezug auf die bekannten russischen Angriffe auf das Asylrecht der Schweiz und Englands schreibt man der augsburger Allgemeinen Zeitung aus Zürich vom 27. April:

Der russischen offiziösen Presse und ihren guten Freunden hat es wieder einmal beliebt, uns die Rolle des alten Wässerchen trübenden Störenfrieds zuzuteilen, unser Land als den Hauptfeind der Revolutionen zu bezeichnen, wo die Complots gegen das Leben der Souveräne und die Ruhe der Staaten gesponnen, organisiert und die Mittel zu ihrer Ausführung in voller Sicherheit vorbereitet werden, gesichert durch die schweizerische Gastfreiheit und unter dem Schutz der Bundesgefechte. Das Journal de Saint-Petersburg hätte sich zwar sagen können, daß der Moment für derartige Anklagen gegen die Schweiz und ihre Regierung sehr schlecht gewählt ist, da vor noch nicht 14 Tagen ein Mann ins Gefängnis gesetzt wurde, der in einem kleinen unbekannten Blättchen dem Morde gekrönter Häupter ungejubelt hatte, und bat Rousset erst seine Gefangenshaftstrafe verblüft, so wird er über die Landesgrenze transportiert werden. Das ist die „verrückte“ schweizerische Gastfreiheit, und das sind die Gesetze, welche den Umgang fremder Staaten begünstigen! Keine Regierung wacht vielleicht fügsam über ihre internationalen Verpflichtungen als der schweizerische Bundesrat, und gleichwohl überhäuft fremde Blätter ihn zum zweiten mal in diesem Jahre mit den schwersten Anschuldigungen. Anschwärzen ist leicht, anweisen schwerer! Spanische, italienische, russische und deutsche Zeitungen bringen unverblümmt unser Asylrecht in Zusammenhang mit den Thaten eines Höhels, Nobiling, Moncini, Passanate und Solowiew; aber bis auf den heutigen Tag sind sie den Nachweis schuldig geblieben, daß die Händen dieser Verchwörungen nach der Schweiz leiten. Siegen den schweizerischen Behörden Beweise vor, so werden sie genau thun, was Pflicht und Recht erfordern; bis dahin spart man sein Pulver. Aber freilich, es ist ja etwas anderes als die Auslieferung von Mörfern, was Russland wünscht. Das Journal de Saint-Petersburg sagt es so deutlich, daß man sich weitere Gerüchte über Schritte der russischen Behörden bei der schweizerischen Eidgenossenschaft ersparen könnte: „Wenn eine ansteckende Krankheit an den Ufern der Wolga ausbricht oder nur auszubrechen droht, werden sofort überall strenge Maßregeln ergriffen, um die Ausbreitung des Übels zu verhindern. Wenn aber eine Mörderbande den Frieden und die Wohlfahrt ganzer Völker bedroht, so sollen die Mitglieder der Bande frei von Land zu Land verkehren dürfen und auch noch als politische Märtyrer gelten!“ Wohl, sind diese tragischen Verirrungen des menschlichen Geistes, wie sie sich im Mährismus fundgegeben, von der Schweiz ausgegangen, oder sind sie auf russischem Boden gezeigt worden? Wer hat den freien Gedanken so gezeichnet, daß er zum Wahnsinn ansetzen könnte und nun seine dunklen Wege geht, die keine Spurkunft russischer Geheimpolizei mehr zu entwirren vermag. Keine frende Beihilfe könnte beim besten Willen Russland von dieser Pest befreien. In seinem Reiche wurtzt der unheimliche Baum, auf seinem Gebiet treibt er seine Äste, uns weht bloß der Wind verweilt Blätter zu. Gegen Mähristen helfen keine Polizisten: das wird man noch zur Genüge erfahren. Darum versprechen wir uns auch wenig von den geheimen Polizeiaudienten, die Russland auf schweizerischem Boden errichten will.

#### Italien.

Bekanntlich durfte bisher im Quirinal keine Messe gelesen werden. König und Königin müssen sich jeden Sonntag nach einer benachbarten Kirche begieben. Der Papst hat jetzt dieses Interdict aufgehoben, und die hohen Herrschaften werden nunmehr die Genugthuung haben, daß sie in der eigenen Wohnung eine Kapelle einrichten dürfen.

#### Großbritannien.

In der englischen Presse taucht bei der Besprechung der ägyptischen Frage plötzlich der Name des deutschen Reichskanzlers als treibendes Agens auf. Fürst Bismarck soll England und Frankreich zu einer Actionspolitik aufzufordern. Der gespenstesche Standard schreibt darüber: „Die jüngst dem Parlament vor-

gelegten Säfer der d mischung g den Verda Bismarck's rheit: „N türlich dar und so wie bester Art, ist. Ägypten“

Die M Etat belge Leopold I belge keinen daran sein, halt der V

Unterh tung aus. Ober Generalg unbegrenzte halten; de Zwitterver lajewitsch e Generalg direnden d Großfürsten Befehl und Gurko schränkt augenblickli kolajewitscige Mann und die ei Generalgtheilung, d barinherzig täglichen B Ständen a Concerte z unter and weisen deu nen Weg nehmen ge dige angeg selbstverstärkings Glau selben erst und komm. «Genuf hrein und Runde d Richtungen als behandelt, ster neue e gefährlich, daß unterh bildeten. sich untere Zeit erhält sich w zu bilden, gliedert gi und eins, Kreises al lennt, aus Selowiew genannt h gezogen se. Zur Unter nach der S gliedern u lige des gefehlt w

— Die Petersb einem Pri nung nich die Herren Wagen, s nicht durch sie irgend Befehl in Gast gesprochen, hat, thut zu haben; Regierung

— Dem Petersb Stadt bil alle Tage sodass es blosen G daß in

er hat seine  
en man am  
kunnen läßt  
ich Dr. Bösch  
graphisch aus  
Sept. 1827  
43) trat er  
auf. An der  
christlicher Europa“ und  
auch einmal  
strafe. Er  
ent deutscher  
wegen seiner  
ast gehalten.  
redacteur erg  
in, sagte sich  
Max Frick,  
ebe vorange-  
nd gründete  
ch sein und  
ine horr-  
ocisit errang  
ter Etienne's  
war jeden-  
en unter den  
AngriFFE  
Englands  
Zeitung aus  
guten Freun-  
dolle des alle-  
, unser Laub  
sichten, „wo  
ane und die  
die Mittel zu  
eitet werden,  
d unter dem  
Saint-Peters-  
Moments für  
re Regierung  
4 Tagen ein  
einem kleinen  
Häupter zu-  
fänglichstes  
sportiert wer-  
Gaffstiel, turz, fremdt  
fremde leichtfertig-  
gen als der  
ausen fremde  
re mit den  
leicht, an-  
und deutsche  
Zusammen-  
Monach, Monach,  
beutigen Tag  
i die hohen  
liegen den  
sie genau  
dahin späte  
was anderes  
und wähnt  
so deutlich,  
der russischen  
fast ersparen  
den Ufern  
sob, werden  
n die Aus-  
eine Mörder  
Böller be-  
ei von Land  
18 politisch  
wirkt Ver-  
im Nihilis-  
, oder sind  
der hat den  
hinstum aus-  
die keine  
zweiten ver-  
sten Willen  
eiche wurzel-  
lebt er seine  
Blätter zu-  
wird man  
n wir uns  
die Russ-  
nal keine  
in müssen  
Kirche be-  
verdict auf-  
n nunmehr  
genen Woh-  
Bespprechung  
des deut-  
uf. Fürst  
zu einer  
e Standard  
ment vor-

gelegten Schriftstücke dokumentieren einen bestrenden Eifer der deutschen Regierung zu Gunsten einer Einmischung gegen den Khedive. Diese Thatsache muß den Verdacht auch des Sorglosesten erwecken. Fürst Bismarck's fruchtbarer Geist hat uns den Rath ertheilt: „Ruhmt euch Ägypten! Es liegt ihm natürlich daran, England und Frankreich zu entzweien, und so wird er den Bankaspel auf ihren Weg. Die beste Art, um ein solches Zerwürfnis zu vermeiden, ist, Ägypten möglichst in Nähe zu lassen.“

### Belgien.

Die Mittheilung der *Nouvelles du Jour* und der *Coil belge* von dem Briefwechsel zwischen König Leopold und dem Papst findet bei der Indépendance belge keinen rechten Glauben. Etwas Wahres möglicherweise sein, sagt sie, aber die Angaben über den Inhalt der Briefe erscheinen durchaus unwahrscheinlich.

### Russland.

Unterm 24. April schreibt man der Kölner Zeitung aus Petersburg: „Gurko ist nun zum wirklichen Obercommandirenden in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur ernannt worden. Jetzt erst hat er unbegrenzte Vollmachten für sein Gouvernement erhalten; denn wie die Dinge früher lagen, war das Zwitterverhältniß zwischen Gurko und Nikolai Nikolajewitsch's ein Unding. Gurko konnte nicht gleichzeitig Generalgouverneur und „Gehilfe“ des Obercommandirenden der Garde sein. Der ehemalige Gehilfe des Großfürsten, General Bistrom, ist nun auf allerhöchsten Befehl wieder in seine frühere Stelle eingetreten und Gurko zum vollen Generalgouverneur mit unbeschränkter Gewalt ernannt worden. Mithin ist Gurko augenblicklich strenggenommen Vorgesetzter Nikolai Nikolajewitsch's und sämtlicher Großfürsten.“

Aleko-Pascha ist in Wien nicht blos von einem Correspondenten der Neuen Freien Presse (i. Telegraphische Depeschen), sondern auch von einem Correspondenten der Kölnerischen Zeitung „interviewt“ worden. Der letztere glaubt nach seinen Erkundigungen versichern zu können, daß Aleko sich weder in geheime auf die Herstellung eines einheitlichen Großbulgariens abzielende Bestrebungen eingelassen (vielmehr habe er ein schon vor dem Ausbruch des russisch-türkischen Krieges vom Grafen Ignatiew ihm gemachtes Angebot der Krone des selbständigen Bulgarien mit Entrüstung zurückgewiesen), noch auch seine Candidatur für den bulgarischen Thron überhaupt irgendwie aufzustellen oder gar bei einer europäischen Macht, geschweige denn bei Russland, zu befürworten gesucht oder einen Helfer für Agitationen ausgegeben hätte.

### Türkei.

Aleko-Pascha ist in Wien nicht blos von einem Correspondenten der Neuen Freien Presse (i. Telegraphische Depeschen), sondern auch von einem Correspondenten der Kölnerischen Zeitung „interviewt“ worden. Der letztere glaubt nach seinen Erkundigungen versichern zu können, daß Aleko sich weder in geheime auf die Herstellung eines einheitlichen Großbulgariens abzielende Bestrebungen eingelassen (vielmehr habe er ein schon vor dem Ausbruch des russisch-türkischen Krieges vom Grafen Ignatiew ihm gemachtes Angebot der Krone des selbständigen Bulgarien mit Entrüstung zurückgewiesen), noch auch seine Candidatur für den bulgarischen Thron überhaupt irgendwie aufzustellen oder gar bei einer europäischen Macht, geschweige denn bei Russland, zu befürworten gesucht oder einen Helfer für Agitationen ausgegeben hätte.

### Ägypten.

„Die neuesten Berichte aus Ägypten“, schreibt die National-Zeitung, „lassen es als unzweifelhaft erkennen, daß der Staatsstreich des Khedive von der überwiegenden Mehrzahl seiner Untertanen mit großer Freude begrüßt worden ist. Die Einmischung der Fremden in die Angelegenheiten des Landes hat den ägyptischen Nationalstolz empfindlich verletzt. Der Khedive kann bei seinem neuesten Unternehmen in der That auf die freiwillige Unterstützung der Ulemas, der einflussreichen Paschas, der Deputirtenkammer, der Harem, des Scheikh-el-Bekri, des Oberhauptes der Dervische, rechnen. Nur eine höchstgestellte einflußreiche Persönlichkeit hat es abgelehnt, dem Staatsstreich seine Unterstützung zu leihen: das Oberhaupt der strenggläubigen Moslim, der Scheikh-ul-Islam. Die einheimische arabische Presse unterstützt diese national-ägyptischen Bestrebungen auf das eifrigste und zwar mit so leidenschaftlicher Sprache gegen die Fremden, daß die Regierung sich schon genötigt gesehen hat, sie zur Mäßigung zu ermahnen. Dass die europäische Gläubigercolonie in Alexandria und Kairo die neueste Finanzrevolution des Khedive willkommen heißt, ist schon mitgetheilt; sie haben auf einer Versammlung in Alexandria die Erklärung abgegeben, daß ein Land mit 5 Mill. Acres cultivirtem Boden eine Bodensteuer von 5 Mill. Pf. St. wohl tragen könnte, eine Summe, welche mit den übrigen Steuern vollkommen genügt, um alle Verbindlichkeiten erfüllen zu können. Indem der Bicel König im Stande zu sein erklärt, die Forderungen aller Gläubiger unverkürzt zu begleichen und die Zinsen ohne jede Reduction zu bezahlen, hat er sofort die seit Jahren verlorene Popularität wiedererlangt, und wenn es ihm gelingt, nur einige Zeit seine Verheißungen wahr zu machen, so dürfte es später den Engländern und Franzosen schwer werden, ihn zu entthronen, ohne eine allgemeine Erhebung des ägyptischen Volkes gegen die Fremden heranzubringen.“

Ein bedenkliches Vorzeichen ist es für den Bicel König von Ägypten, daß unter seinen eigenen Untertanen seine Popularität ins Wanzen geräth. Wie dem Observer aus Kairo berichtet wird, stimmte bei einem Banquet des Scheikh-el-Bekri, an dem auch der Bicel König teilnahm, einer der Sänger ein Lied an, das mit den Worten begann: „Der Sultan über uns ist gerecht; er macht sich zum Herrscher über uns, und hättest du uns gerecht regiert, so würden wir in der That dich verehrt haben!“ Der Khedive geriet hierüber in Wuth und verließ das Banquet. Der Correspondent sagt hinz: „Es ist kein Zweifel, daß der Hass gegen Ismail Pascha im Volke zunimmt und viele Offiziere sogar ergripen hat; aber der Bicel König wird sogar noch mehr gefürchtet, als er gehaßt wird.“

### Königreich Sachsen.

Aus Dresden vom 29. April berichtet der Dresdner Anzeiger: „Die von einer am 24. April in Annaberg abgehaltenen Versammlung ergebnisgerichter Firmen gewählte Deputation hatte am Montag Mittag bei Sr. Maj. dem König Audienz, um gegen den dem Reichstage vorlegenden Zolltarif vorstellig zu werden. Die Deputation bestand aus den Herren: F. Wimmers, Karl Höhl (Eisenstuck u. Comp.), Louis Höhl (Mänel u. Höhl), Paul Bach (G. J. Bach sel. Sohn) und Georg Schmidt (Joel u. Meyer). In Annaberg und im Erzgebirge erachtet man die dortige Industrie durch die geplanten Schutzzölle auf

Bier-, Glasplättchen, Glaskerzen, Floreteiden, gefärbte Seide u. schwer geschädigt.“

— Die Leinenindustriellen der sächsischen Oberlausitz, „in nach Lage der Sache für anhaltend“ erachtet, ein Gespräch über die Sätze des Zolltarifs und zwar „soll“ der Position 22 abzuhaben. In dieser am 15. April zu Herrnhut stattgehabten Zusammenkunft vereinigten sich die laut Protonen und halbleinene Webwaren produzierenden leinenen und halbleinene Webwaren zu Preisen zu verwerthen, welche der Arbeit einen ernährenden Lohn gewähren. Zu dessen Begründung führen sie in einer an die Abgeordneten für die sächsische Oberlausitz gerichteten Eingabe Folgendes an:

Erstens erfahren die mit dem Leinenengarn ganz besonders concurrenden Baumwollgarne bis zu Nr. 19 eine ähnliche Vertheuerung, wie sie bei dem Leinenengarn durch erhöhten Zoll eintritt, überhaupt nicht — ein Missverhältnis, welches durch gesteigert wird, daß die Baumwollbranche durch einen von 30 auf 40 M. pro Centner, das ist von 60 auf 80 M. pro 100 Kilogramm erhöhten Einfuhrzoll gegen Einfuhr ausländischer Gewebe gefühlt wird. Es ist weiter der Einfuhrzoll auf leinenen und halbleinene Gewebe feinerer Gattung aus dem Auslande als durchaus unzureichend für die inländische Industrie zu bezeichnen in Betracht der günstigeren Herstellungsbedingungen des Auslandes. Es ist endlich und ganz besonders die projectierte Erhöhung des Zolls aus ausländische leinenen Garne um deswillen für die Leinenindustrie verderblich, weil diese Industrie gewungen ist, leinenen Garne aus dem Auslande zu beziehen, die Vertheuerung derselben aber dahin führen muß, daß die deutsche Leinenindustrie konkurrenzunfähig gemacht wird: ebenso für den inländischen Verkehr, gegenüber den Geweben aus Baumwolle, wie für den Export, gegenüber den Ländern, welche billige Garne und folglich daran billigere Ware zum Export besitzen. Die Vertheuerung der leinenen Garne tritt nach dem Tarif in der Weise ein, daß die Zollerhöhung ausmacht: bei den Nrn. 8—25 pro Centner 1 M. 50 Pf., für 100 Kilogramm also 3 M., über 25—40 pro Centner 3 M., für 100 Kilogramm also 6 M., über 40 pro Centner 4 M. 50 Pf., für 100 Kilogramm also 9 M. Es werden demnach diejenigen Garnnummern, welche in der sächsischen Oberlausitz gegenwärtig verarbeitet werden, im Durchschnitt eine Erhöhung erfahren von 3 M. 50 Pf. pro Centner oder 7 M. pro 100 Kilogramm. Die sächsische Oberlausitz verweht zur Zeit noch mindestens 80000 Centner = 4 Mill. Kilogramm Garn jährlich. Treten die projectirten Zollsätze also ein, so ist die Alternative gestellt: entweder müssen mindestens 280000 M. mehr als bisher aus dem Verlaufe der Waaren herausgeschlagen, die Waaren demnach beträchtlich verheuert werden, oder es muß um die gleiche Summe billiger gearbeitet werden. Beides sind Unmöglichkeiten! Die Leinenwaaren können nicht mehr verheuert werden, ohne daß der bereits zurückgegangene Export völlig erlischt. Sie können nicht mehr verheuert werden, ohne daß selbst das beschrankte inländische Absatzgebiet der Leinenindustrie verloren geht, verloren geht an die mit fremdländischem Rohstoff arbeitende Baumwollbranche, deren Gewebe nicht thenerter werden, weil eben ihre Leinenengarn konkurrenzieren kann, bis Nr. 19 eine Zollerhöhung nicht erfahren. Die Leinenengewebe können billiger, als zur Zeit geschieht, nicht verkauft werden. Die Leineweber der sächsischen Oberlausitz verbieten schon jetzt einen Lohn, der kaum genügt, sie und ihre Familie auch nur in der Weise zu ernähren, wie es diese armen und fleißigen, bescheidenen und sparsamen Menschen thun. Ihren Lohn noch weiter herabzudrücken ist unmöglich, wäre unmenschlich. Die 32000 Weber der sächsischen Oberlausitz sind bereits mit ihrem Lohn auf das Minimum beschränkt, sobald eine Lohnreduzierung nichts anderes bedeutet würde, als ihnen und ihren Familien die Nahrung völlig entziehen. Es ist aber auch weiter der Fabrikant so gestellt mit seinem Nutzen beim Verkauf, daß er nicht zurücktreten kann, daß billiger verkaufen mit Schaden arbeiten, sich selbst ruiniren würde. Nach allem ist das Intrastreiten der geplanten Eingangsölle auf Leinenengarn gleichbedeutend mit dem sicheren Untergange der Leinenindustrie der sächsischen Oberlausitz. Auf der einen Seite stehen zwei Spinnereien mit nur 1500 Arbeitern, denen die geplanten Eingangsölle zugute kämen, auf der andern Seite 32000 Leineweber mit 19400 Handstühlen, denen durch erhöhte Eingangsölle ihr Brot genommen werden würde. Und wie sich dieses Verhältnis in der sächsischen Oberlausitz stellt, so gilt es wesentlich nicht anders für ganz Deutschland. Es kann seinem Zweck unterliegen, wo die Hülse notthut! Schweres Unheil von einer ganzen dichtbebauten, fleißigen Gegend abzuwenden gilt es, und deshalb fühlt sich die gegenwärtige Versammlung verpflichtet, den gebreiten Herren Abgeordneten, welche die Oberlausitz im Reichstage zu vertreten berufen sind, diese Vorstellung zu unterbreiten mit dem dringenden Ersuchen: daß sie, eingedenk ihrer Verpflichtung, für die Interessen ihres Wahlkreises einzutreten, in den Reichstagverhandlungen alles aufzutreten wollen, um die unheilvollen Zolltarifzölle auf leinenen Garne abzuwenden, welche nicht nur die mehrere hundert 32000 oberlausitzer, sondern überhaupt alle sämtlichen 150000 deutschen Leineweber auf das ernsthafte bedrohen; daß sie dagegen beantragen: es möge in den Leinenengarnnummern 8—10 der bisherige Zolljahr von 1 M. 50 Pf. pro Centner = 3 M. pro 100 Kilogramm beibehalten und wenn eine Erhöhung um jeden Preis eintreten sollte — ein erhöhter Eingangsöll nur auf die Leinenengarnnummern über 40 bis incl. 65 und zwar nicht höher als 3 M. pro Centner = 6 M. pro 100 Kilogramm, über 65 nicht höher als 4 M. 50 Pf. pro Centner = 9 M. pro 100 Kilogramm bewilligt werden, daß sie endlich mit aller Energie dahin streben wollen, daß die Zollsätze auf leinenen Gewebe per-

quadratische Gewebsfläche von 4 Quadratcentimeter folgt normirt werden; für rohe Leinengewebe: von 17.—18 Fäden Kette und Schuß 5 M. pro Centner = 10 M. pro 100 Kilogramm, von 4.—120 Fäden Kette 12 M. pro Centner = 24 M. pro 100 Kilogramm, von 121.—160 Fäden Kette und Schuß 18 M. 18 Fäden Kette und Schuß 100 Kilogramm, von 161 und 180 Fäden Kette und Schuß 24 M. pro Centner = 48 M. pro 100 Kilogramm; für gebleichte Leinengewebe 60 M. pro 100 Kilogramm, über 30 M. pro Centner = 120 Fäden Kette und Schuß 120.—160 Fäden Kilogramm, über 160 Fäden Kette und 100 M. pro Centner = 140 M. pro 100 Kilogramm, Schuß Aber ist es für das Fortbestehen der lauscher nichtgarantieberechtigte unbedingt nötig, für sie kein unzügiger Verhältnis herzustellen, als bis jetzt zwischen dem Zoll auf rohen und gebleichten leinenen Garn bestand, das heißt, daß der Einfuhrzollsaal auf gebleichte leinenen Garne wie folgt festgesetzt wird: für solche Garnnummern, welche in einem Zustande 3 M. pro 100 Kilogramm zahlen müssen, auf 10 M. pro 100 Kilogramm, wo für Rohleinengarn 6 M. pro 100 Kilogramm gezahlt wird, dagegen auf 14 M. pro 100 Kilogramm, wo für Rohleinengarn 9 M. pro 100 Kilogramm gezahlt wird, dagegen auf 18 M. pro 100 Kilogramm, weil nur durch diese Zuschläge der durch Gewichtsabnahme beim Bleichen ersparte Zoll (gegenüber dem Zoll erhöhung im Rohgarnzollsaal) ausgeglichen werden kann.

\* Leipzig, 30. April. Der das Jahr 1878 umfassende Bericht der hiesigen Heilanstalt für arme Augenkranken spricht zunächst seinen Dank für die der Anstalt gewordene vielseitige Unterstützung durch Geschenke und Legate aus. Das innere Leben und Wirken der Anstalt betreffend, hat dieselbe im Jahre 1878 überhaupt 4873 Augenkranken behandelt (2345 Männer, 1347 Frauen und 1181 Kinder). Es waren davon 2254 in Leipzig, 2038 aus andern Orten des Königreichs Sachsen, 372 aus Preußen. Unentgeltlich verpflegt in der Anstalt selbst wurden 301 Personen. Die Zahl der vorgenommenen Operationen beträgt 498, darunter 110 Stauroperationen, 78 mal Papillenoperation, 64 mal Durchschneidung von Bränenländchen, 50 mal Eröffnung von Abscessen, 28 mal die Paracentese der Hornhaut, 22 mal die Schleieroperation etc. Außerdem wurden 330 mal fremde Körper aus dem Auge entfernt. Am klinischen Unterricht in der Anstalt nehmen im Studienjahre 1878/79 im ganzen 76 Studirende teil. Die Einnahmen legen sich zusammen aus den jährlichen Beiträgen von Behörden und Privatpersonen mit 4145 M. und Legaten mit 9150 M., aus Geschenken mit 60 M., aus vergüteten Verpflegungsgeldern mit 1480 M., aus ausgelosten Papieren mit 600 M., aus Zinsen etc. mit 1500 M., aus rückgezahltem Kapital mit 18950 M., aus der Friederikenstiftung mit 1350 M., in Summa mit 50739 M. Die Ausgaben betragen 51425 M. inklusive der Anlage in Effecten mit 36510 M. Mit Hinzurechnung des Kassenbestandes aus dem Jahre 1877 mit 11480 M. beträgt die Einnahme 62220 M., jedoch nach Abzug der Ausgaben mit 51425 M. ein Kostensaldo von 10794 M. verbleibt.

Leipzig, 30. April. Die Leipziger Nachrichten von heute melden: „Am vorgegangenen Abend verschied hier der vortreffliche Komiker des Dörfel'schen Gaßspielensemble, Hr. Alexander. Wie unerwartet der beliebte Künstler aus dem Leben abgerufen worden ist, erhellt aus der Thatache, daß vorgestern noch sein Name auf dem Theaterzettel angegeben war.“

— Die Dresdner Zeitung schreibt aus Dresden: „Der einzige noch lebende Schüler des berühmten Pädagogen Dinter, ein noch rüstiger Greis, der emeritierte Kirchschullehrer J. F. Städler, feierte hier am 27. April seinen 90. Geburtstag. Städler, ein geborener Dresdener, beging bereits im Jahre 1859 sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Dieser ehrenwürdige Veteran amtierte überhaupt 56 Jahre, und zwar in einem und demselben Ort, Waldkirchen bei Bischau.“

## Handel und Industrie.

Wie das Journal The Ironmonger berichtet, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sämtliche in Europa bestellten amerikanischen Consulate angewiesen, über den jeweiligen Stand des Handels und den Preis für alle jene Artikel, in welchen Amerika exportfähig ist, Berichte am 1. und 15. eines jeden Monats an die Handelskammern von New York, Philadelphia, Boston, Baltimore, New Orleans und San Francisco einzufinden, um den Exporteuren die Transactionen nach Europa zu erleichtern und denselben genaue, verlässliche Daten an die Hand zu geben. Ein weiterer Beweis, wie sehr die amerikanischen Fabrikanten bemüht sind, alle zugänglichen Märkte auszubuten, geht aus den letzten Berichten von den Vereinigten Staaten aufs neue hervor. Es hat sich im Norden eine Fabrikantensocietät gebildet, welche am 4. Jan. eine Gesellschaft nach Mexico machen wollte, um die Märkte und Ressourcen dieses Landes an Ort und Stelle zu untersuchen. Von Chicago ausgehend, wollten die Herren direct nach New Orleans fahren, sich da einen Tag aufzuhalten und dann per Dampfboot nach Veracruz fahren, wo sie von dem Gouverneur empfangen werden. Von diesem Orte gehen sie nach Cordova, um die Kafferpflanzungen anzusehen, und dann per Bahn nach Orizaba, wo sie dann von einem Comité auf einige Tage unterhalten werden; dann geht es weiter mit der Bahn nach Esperanza und der Stadt Mexico, wo sich wieder ein Comité ihrer annimmt. Von hier aus werden während dreier Wochen Ausflüsse nach mehreren Richtungen hin gemacht, unter andern auch nach Maximilian's Palast in Chapultepec. Die Gesellschaft ist in Subcomités eingeteilt, deren jedes sich mit einer bestimmten Branche beschäftigt und hierüber Berichte anfertigt; namentlich schließt dies ein: Rohmaterial, Eisenbahnen, Telegraphen, Klimatologie, Mineralogie, Bergbau, Agricultur, Archäologie, Geschichte, Literatur, öffentliche Presse und alle Fabrikationszweige. Die Regierung stellt der Gesellschaft auch ein Local zu Gebote, in welchem dieselbe Muster und Waaren nordamerikanischer Fabrikation ausstellen kann, um auf diese Weise ihre Fabrikate dem mexicanischen Publikum bekannt zu machen. Gleichzeitig hat die Regierung alle mexikanischen Fabrikanten und Producenten aufgefordert, Muster von Rohmaterial und Waaren zur Ausstellung in demselben Gebäude zu senden, damit die Nordamerikaner sich genau orientieren können über alles, was das Land produ-

ciert und verbraucht, sobald sich deren Fabrikation dem mexikanischen Bedürfnisse anpassen kann.

— In der Neuen Freien Presse gibt der bekannte Volkswirt und Statistiker Max Wirth eine Schilderung der wirtschaftlichen Zustände der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Diese sind neuerdings oft als ein Eldorado des Schuhzollses geprägt worden. In der That ist das dortige Schuhzollsysteem eins der extensiv und intensiv am stärksten entwickelten. Es sind 1500 Artikel mit Eingangszöllen beladen (in Deutschland nur noch 76, in England 12). Manche dieser Zölle wirken geradezu prohibtitiv. Die Eisenzölle betragen bis zu 100 Proc. des Wertes der Ware, die aus Baumwollgarne bis zu 85, auf Wolle garne bis zu 75 Proc. etc. Dadurch war eine ungeheure industrielle Production hervorgebracht. In der Baumwollindustrie betrug die Zahl der Spindeln fast 12 Mill., die der Webstühle 200000. Die Eisenherzeugung stieg von 1,865000 Tonnen in 1871 auf 5,439000 Tonnen in 1874. Aber auch dort begann nach 1873 der große „Krach“ und dauert noch fort. Die Wirkungen derselben sind sichtbar. In der Eisenindustrie waren von 716 Höhen im Jahre 1877 nur noch 270 im Gang. In den Jahren 1875 bis 1877 wurden nicht weniger als 84 Eisenbahnen mit einem Reiche von 1500 deutschen Meilen und mit einem Kapitalstock von 420 Mill. Doll. gerichtet verlost, 64 andern mit einer Länge von über 1000 deutschen Meilen drohte der Bankrott. Die Zahl der Hallimente unter den Privatgeschäftsleuten überstieg alles, was in dieser Beziehung in Europa vorkam. Die Geschäftslösigkeit vermehrte sich von Jahr zu Jahr in einer Weise, daß, nachdem bereits Hunderttausende ihre Zuflucht in der Landwirtschaft hatten suchen müssen, im Jahre 1877 noch 1,250000 Handwerker und Fabrikarbeiter außer Beschäftigung waren. Zu ihrem Glück haben die Vereinigten Staaten eine Ableitung für solche kritische Zeiten der Überproduktion (eine Ableitung, die uns nicht zu Gebote steht), nämlich die Auswanderung nach dem Westen. Nachdem von 1875—78 viele Millionen Acker durch Hunderttausende von Ansiedlern frisch angebaut worden, deren Früchte bereits seit zwei Jahren durch den erhöhten Getreideexport der Vereinigten Staaten auch bei uns fühlbar werden, sind noch 1878 14 Mill. Acker Neuland im Westen und Süden der Vereinigten Staaten an 700000 Ansiedler (wovon nur 100000 europäischer Einwanderer) zum Preise von 1—2 Doll. Acker oder ganz unentgeltlich vergeben worden.

\* Bremen, 29. April. Petroleum matt. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,85, per Mai 8,85, per Juni 8,65, per Juli 8,60, per September-December 8,90.

\* Antwerpen, 29. April. Petroleum markt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 21 $\frac{1}{2}$  bez. u. Br., per Mai 21 $\frac{1}{2}$  Br., per September 22 $\frac{1}{2}$  Br., per September-December 23 bez. u. Br. Rubig.

\* Glasgow, 29. April. Roheisen. Mixt numbers warrants 43 $\frac{1}{2}$  Sh. Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 11795 Tons gegen 8882 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

\* Liverpool, 29. April. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen., davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikanische anziehend, Surat's steigt. Mittl. amerikanische April-Mai-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$ %. Mai-Juni-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$ %. D.

\* Manchester, 29. April. (Garn.) 12r Water Armistage 7, 12r Water Taylor 7 $\frac{1}{2}$ , 20r Water Nicholls 8 $\frac{1}{2}$ , 30r Water Giblow 8 $\frac{1}{2}$ , 30r Water Clayton 10 $\frac{1}{2}$ , 40r Mule Mayoll 9, 40r Medio Willinson 9, 36r Warpops Qualität Rowland 9 $\frac{1}{2}$ , 40r Double Weston 10 $\frac{1}{2}$ , 60r Double Weston 13 $\frac{1}{2}$ , Printers 16 $\frac{1}{2}$ —18 $\frac{1}{2}$  8 $\frac{1}{2}$  psd. 93. Fest.

### Börsenberichte.

\* Berlin, 30. April, 12 Uhr 5 Min. Eröffnungscurs. Ost. Creditact. 437,50, Ost.-Franz. Staatsb. 462,—, Ost. Südbahn (Lomb.) 119,—, Berg.-Märk. 88,—, Köln-Mindener 120,50, Galiz. Karl-Ludwigsb. 102 25, Rhein. 117,50, Rumän. 30,60, Disconto-Comm. 145,60, Königs- und Laurahütte 74,20, Ost. Rose v. 1860 120,—, do. Goldrente 67,20, do. Silberrente 57,10, do. Papierrente 56,70, Russ. Ant. v. 1877 85,10, do. Banku. 196,—, Deutsche 2,—, Ung. Goldrente 79,10, Tendenz: sehr fest.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Ost. Creditact. 250,30, Ost.-Franz. Staatsbahnact. 264,75, Ost. Südbahn (Lomb.) 68,20, Galiz. Karl-Ludwigsb. 284,70, Ost. Goldrente 77,30, Deutsche Marknoten 57,57, Napoleoncons' 9,34%. Tendenz: fest.

\* Berlin, 29. April, 3 Uhr — Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 98,40, 4 $\frac{1}{2}$  proc. preuß. consol. Ant. 105,80, Proc. südl. Rente 74,80, Oester. 1860er Rose 117,—, do. Papierrente 56,40, do. Silberrente 57,—, do. Goldrente 67,10, Ungar. Goldrente 78,75, russ. consol. Proc. Anteile v. 1877 84,30, do. Prämiananleihe 146,40.

Banknoten. Allg. Deutsche Creditanst. 126,60, Chemn. Bank. 78,25, Darmst. Bl. 126,—, Deutsche Bl. 114,30, Deutsche Reichsb. 154,—, Disconto-Comm. 144,10, Dresd. Bl. 108,75, Geraer Bl. 83,25, do. Handels- u. Creditbank 44,25, Gothaer Bank 91,75, Leipziger Disconto-Bl. 69,40, Meiningen Creditanst. 82,50, Sächs. Bl. 108,—, Schön. Bank. 23,—, Thür. Bl. 82,—, Weimar. Bl. 34,—, Ostherr. Creditanst. 432.—.

Industrieanlagen. Gelsenkirchen 98,30, Königs- u. Laurahütte 73,30.

Eisenbahnanlagen. Auffig.-Tepliger 157,90, Berlin-Potsd.-Magdeb. 88,75, Berlin-Stettin 99,—, Bresl.-Schweidn.-Freib. 74,90, Halle-Sorau-Guben 14,40, Magdeb.-Halberst. 180,—, Mainz-Ludwigsh. 74,25, Oberholz. La. A 146,90, Ost. Nordwestb. 215,25, Prag-Turnauer 38,75, Rumänier Stammbank 30,50, do. Stammpriv. 86,50, Thür. 129,—, Weimar-Gera Stammact. 45,—, Berg.-Märk. 87,—, Berlin-Auh. 92,50, & Bln.-Mind. 118,50, Galiz. Karl-Ludw. 102,25, Franzosen 460,—, Lomb. 118,50, Rhein. 115,75, Sorten Napoleoncons' 16,28, Ost. Banknoten 173,70, Russ. Banku. 194,30, Ost. Silberzulden —,—.

Wechsel. Amsterdam 1. S. 164,60, do. 2 M. 168,65, Belg. Bankpl. 10 Tage 81,05, do. 2 Mon. 80,75, London 20,42, do. 3 Mon. 208,35, Paris 1. S. 81,45, Petersburg 1. S. 194,85, do. 3 M. 193,40, Warshaw 1. S. 194,40, Wien 1. S. 173,40, do. 2 M. 172,40.

\* Hamburg, 29. April. Silberrente 56 $\frac{1}{2}$ %, Goldrente 67 $\frac{1}{2}$ %, Creditact. 216 $\frac{1}{2}$ %, 1860er Rose 117 $\frac{1}{2}$ %, Franz. 57,55, Lomb. 147, Ital. Rente 78 $\frac{1}{2}$ %, 1877er Russen 84 $\frac{1}{2}$ %, Vereinst. 121 $\frac{1}{2}$ %, Laurahütte 72 $\frac{1}{2}$ %, Commerzbank 104 $\frac{1}{2}$ %, Norddeutsche 142 $\frac{1}{2}$ %, Justen. Bl. 85, Amerik. 90 $\frac{1}{2}$ %, Köln-M. 119 $\frac{1}{2}$ .

\* Frankfurt a. M., 29. April. Schlusscurse: Londoner Wechsel 20,427, Wiener Wechsel 173,42, Proc. Sächs. Rent. —, Ost. Papierrente 56 $\frac{1}{2}$ %, do. Silberrente 56 $\frac{1}{2}$ %, do. Goldrente 67, Staatsb. 228 $\frac{1}{2}$ %, Lomb. 58 $\frac{1}{2}$ %, Gall. 203, Ost. Creditact. 215 $\frac{1}{2}$ %, Darmst. Banknot. 126 $\frac{1}{2}$ , Deutsche Reichsbank 153 $\frac{1}{2}$ .

\* Wien, 29. April. Schlusscurse. Papierrente 65,30, Silberrente 65,80, 1860er Rose 119,50, Nordwestb. 123,50, Bankact. 805,—, Creditact. 248,25, Angst.-Ausfr. -Bank 110,25, London 117,40, Silberzg. 100,—, Ducaten 5,54, Napoleoncons' 9,35, Gall. 234,—, Staatsbahn 264,75, Lomb. 63,50, Goldrente 77,30, Deutsche Reichsbank 57,62.

\* Paris, 29. April, 3 Uhr nachm. Proc. amortis. Rente 81,50, Proc. Rente 79,37 $\frac{1}{2}$ , 1872er Anteile 115,15, Ital. Proc. Rente 78,65, Ost. Gold. 66 $\frac{1}{2}$ %, Ung. Gold. 79 $\frac{1}{2}$ %, 1877er Russen 87 $\frac{1}{2}$ %, Franz. 57,50, Lomb. 157,50, do. Prior. 254,—, 1860er Türken 11,07 $\frac{1}{2}$ %, 1869er 66,—, Türklose 41,20.

\* London, 29. April. Consols 98 $\frac{1}{2}$ %, Ital. 5proc. Rente 81,—, Lomb. 6 $\frac{1}{2}$ %, 1871er Russen 81 $\frac{1}{2}$ %, do. 1872er 81,—, 1873er 83 $\frac{1}{2}$ %, Silber —, 1865er Türk. Anteile 11, 1869er do. —, 5proc. Amerik. 106 $\frac{1}{2}$ %, Ost. Silberrente —, Papierrente —.

\* New York, 29. April abends. Wechsel auf London in Gold 4,86, Wechsel auf Paris 5,15 $\frac{1}{2}$ , Proc. 5,20er Bonds 104 $\frac{1}{2}$ , 1877er Bonds 101 $\frac{1}{2}$ , Creditbank 26 $\frac{1}{2}$ .

\* Berlin, 29. April. Weizen per loco 155—200, per Frühjahr 182,—, per Herbst 187,50. Roggen: loco 120,—, per Frühjahr 118,—, per Mai-Juni 118,—, per Herbst 124,—, Kündigung: 3, Tendenz: matter. Spiritus: loco 51,40, per Frühjahr 51,50, per Mai-Juni 51,50, per Aug.-Sept. 52,70, Kündigung: 3, Tendenz: matt. Rüb: loco 57,40, per Frühjahr 57,20, per Mai-Juni 57,20, per Herbst 58,10, Kündigung: 3, Tendenz: still. Hafer: per Frühjahr 122,—, per Mai-Juni 121,50.

Leipziger Productenbörsen am 30. April. Witterung: Regnerisch. Spiritus loco 51,50 G.; fest.

\* Leipzig, 30. April. Der Verkehr an der heutigen Börse war zwar im allgemeinen kein sonderlich umfangreicher, indest hatte sich doch die seite Tendenz der Vorlage nicht nur auf heute übertragen, sondern es machte sich sogar auf einzelnen Verkehrsfeldern etwas mehr Animo heimlich als gestern. Die Kurse behaupteten die gestrichen Positionen sehr gut, einige Papiere vermochten weitere Avancen mit Leichtigkeit zu erzielen. Im Vordergrunde des Verkehrs standen wieder verschiedene dem Eisenbahnmarkt angehörige Papiere, Aktien sowol wie Prioritätsobligationen, ihnen schlossen sich noch die Aktien einiger älterer Bankinstitute an. Von auswärts lagen gute Nachrichten vor.

Die deutschen Staatspapiere nahmen das Interesse der Börse nur in mäßiger Weise in Anspruch, gehandelt wurden vorzugsweise Deutsche Reichsanleihe, 4proc. Sächsische Anleihe und Bavarische Anleihe; gesucht blieb Hamburgische Staatsrente. Sehr begehrte waren Pfandbriefe der Creditanstalt.

Für Eisenbahnactionen zeigte sich regste Kauflust, welche die Kurse fast sämtlicher Papiere in die Höhe trieb; zu erwähnen sind hauptsächlich Magdeburg-Halberstädter, Mainz-Ludwigshafen, Thüringer, Köln-Mindener, Rheinische, Oberschlesische, Buschthradener, Prag-Turnauer, Anhalter, Kottbus-Großhennauer, Auffig.-Tepliger, Rumänien und Bergisch-Märkische.

Stammprioritäten recht fest, Kottbus-Großenhein, Goschwitz-Meisselwitz und Weimar-Gera waren bevorzugt.

Auch für Banknoten äußerte sich lebhafte Begehr; große Posten gingen in Leipziger Credit zu etwas ermäßigten Kurzen um. Deutsche Bank, Leipziger Bank und Dresdner Bank höher.

Leipziger Börse.

20. April.

- Vachtal -

Wechsel.	
Amsterdam pr. 100 Ost. n. . . . .	{ K. S. p. 5 T. I. S. p. 2 M.
Ghissel und Antwerpen pr. 100 Fos.	{ K. S. p. 8 T. I. S. p. 3 M.
Londen pr. 1 L. Sterl. . . . .	{ K. S. p. 8 T. I. S. p. 2 M.
Paris pr. 100 Francs . . . . .	{ K. S. p. 8 T. I. S. p. 3 M.
Petersburg p. 100 Silb. Rubel . . .	{ K. S. p. 21 T. I. S. p. 8 M.
Warschau p. 100 Silb. Rubel . . .	{ K. S. p. 8 T.
Wien pr. 100 fl. in Oesterr. Währ. .	{ K. S. p. 8 T. I. S. p. 3 M.

### **Deutsche Fonds.**

Deutsche E.-Anl. 1877 v. 5000-2000,-A. 4	1/4	1/10
do. do. do. v. 1000,-A. 4	—	do.
do. do. do. v. 500-200,-A. 4	—	do.
E.S. Rentenanzl. v. 1876 v. 5000-3000,-A. 3	1/3	1/7
do. do. do. do. 3	1/4	1/10
do. do. do. v. 1000,-A. 3	1/3	1/7
do. do. do. do. 3	1/4	1/10
do. do. do. v. 500,-A. 3	1/3	1/7
do. do. do. do. 3	1/4	1/10
do. do. do. v. 300,-A. 3	1/3	1/7
do. do. do. do. 3	1/4	1/10
E.S. St.-Anl. v. 1830 v. 1000 u. 500,-A. 3	1/4	1/10
do. - 1830 - 200- 25,-A. 3	—	do.
do. - 1835 - 100,-A. 3	—	do.
do. - 1847 - 500,-A. 3	—	do.
do. - 1852 - 68 v. 500,-A. 3	1/3	1/7
do. - 1859 - 300,-A. 3	—	do.
do. - 1852 - 48 - 100,-A. 3	—	do.
do. - 1869 v. 100,-A. 3	—	do.
do. — 50 u. 25,-A. 3	—	do.
do. - 1870 - 100 u. 50,-A. 3	—	do.
do. — 500,-A. 3	—	do.
do. — 100,-A. 3	—	do.
do. v. 1867 abg. abz. 5% Z. S. I. 4	—	do.
do. v. 1867 abg. abz. 5% Z. S. II. 4	—	do.
do. Löb.-Zittau Lit. A. & 100,-A. 3	—	do.
do. do. - B. & 25,-A. 3	—	do.
do. Act. d. e.S.-Sch. 5% R. & 100,-A. 4	—	do.
do. Albb.-Pr. I. u. II. E. & 100,-A. 4	{	do.
do. do. III. E. & 100,-A. 4	1/4	1/10
E.S. Landrentenbr. v. 1000 u. 500,-A. 3	—	do.
do. do. - 100- 12½,-A. 3	—	do.
do. L.-Cult.-Rentsch. S. I. & 500,-A. 4	1/3	1/7
do. do. - II. & 100,-A. 4	—	do.
Erb.Ritter.Cr.-V.Pfdbr. & 500,-A. 3	—	do.
do. do. v. 100- 25,-A. 3	—	do.
do. do. - 500,-A. 3	—	do.
do. do. - 100- 25,-A. 3	—	do.
do. do. - 2000- 500,-A. 4	—	do.
do. do. - 100-25T.u.100M.4	—	do.
Idw.Cr.-V.-Pfdbr.verh.1866-500u.100,-A. 4	—	do.
do. - v. 1867v.500-25,-A. 4	—	do.
dd. Kundbr. - 500-25,-A. 4	1/4	1/10
Vrl.Cdbr.-Pfdbr.d.L.C.-V.I. S. 500-25,-A. 4	1/1	1/7
Lausitzer Pfdb. v. 100-10,-A. 3	—	do.
do. hdb. 6Mon. v. 1000- 50,-A. 3	—	do.
do. v. 1000-100,-A. 3	—	do.
do. verlob. v. 1000-100,-A. 4	—	do.
do. hdb. 12 M. v. 1000-100,-A. 4	—	do.
do. do. - 1880- 500 u. 100,-A. 4	—	do.
Pfandbr. d. A. D. Cr.-A. v. 1000-500,-A. 4	—	do.
do. do. - 100,-A. 3	—	do.
Ald.Comm.Bkf.d.K.S. & 500,-A. 4	—	do.
do. do. v. 1000-300,-A. 4	—	do.
do. do. - 100,-A. 3	—	do.
Pfd. d. Pr. Cr. B. Cr. A.-G. v. 1000-50,-A. 4	—	do.
do. do. - 110,-Frücke. 5	—	do.
do. do. - 110,-Frücke. 5	—	do.
do. do. - 100,-Frücke. 5	—	do.
do. do. - 110,-Frücke. 5	—	do.
do. do. - 100,-Frücke. 5	—	Div.
Pfd. d. Stadt Hod.-Cr. B. v. 1000-100,-A. 4	—	do.
III. Serie 5	1/5	1/11
do. do. IV.u. V. S. 4½	—	Div.
Schlesch. d. Manuf. Gewksch. v. 200,-A. 4	1/1	1/7
do. v. 1000-200,-A. 5	30/6	31/12
do. K. 1875 v. 5000-500,-A. 5	—	do.
Leipa. Hyp.-Bk.-Sch. v. 500- 50,-A. 4	1/4	1/10
do. do. - 500- 50,-A. 4	—	do.
do. do. - 500- 50,-A. 4	—	do.
do. Stadt-Obligat. - 100 u. 50,-A. 3	1/1	1/7
do. do. - 500- 50,-A. 4	—	do.
do. do. - 500-100,-A. 4	—	do.
do. do. - 500-100,-A. 4	—	do.
Dresden do. - 2000- 500,-A. 4	1/4	1/10
do. do. - 500- 50,-A. 3	1/1	1/7
Chemnitzer do. - 1500- 300,-A. 4	—	do.
do. do. - 1000- 50,-A. 5	—	do.
Kasseler Stadt-Anleihe v. 1879 4	1/2	1/8
K.Preuss.St.-Schuldensch.v. 1000-25,-A. 3	1/1	1/7
do. do. cons. - 5000-200,-A. 4	—	do.
do. do. do. - 10000-50,-A. 4	1/4	1/10
Hamburg. Staats-Kente 2000-500,-A. 3	1/5	1/8
Gr.Herrn-Bad.-Prkm.-Anl. a 100,-A. 4	1/2	1/8
K.Bairische do. a 100,-A. 4	—	1/6
K.B. St.-Eisenb.-Anl.v.10000-200,-A. 4	—	divers
Pr.-Pfd. d.D.G.-Cr. Bk. I.B. & 100,-A. 5	1/1	1/7
do. do. II. - 100,-A. 5	—	do.
do. III.S.v.1000-100,-A. 110,-Frücke. 5	—	do.
do. III.-B. 3000-300,-A. 5	—	do.
do. v.1000-100,-A. 5 & 110,-Frücke. 5	—	do.
Pr.-Pfd. d.D. Hyp.-Bk. Meiss. & 100,-A. 4	1/2	—
Braunschw. 20-Thlr.-Loose . . . . .	—	—
<b>Bank-Discounts.</b>		
Amsterdam 3½ %	Brüssel 2 %	London 2 %
Paris 3 %	Petersburg 5 %	Reichsbank 3 %
Wien 4½ %		
<b>Sorten.</b>		
Vollwicht. Preuss. Friedrichsdor. . . . .	pr. Stück	
K. Russ. wicht. 3½ Imperials & 5 Rubel . . . . .	do.	
30 Francs-Stücke . . . . .	do.	
do. do. . . . .	per 100 Gramm	
Kaiserliche Ducaten . . . . .	pr. Stück	
Gold pr. Zollpfund fein . . . . .		
Zerschnitte Ducaten pr. 500 Gramm brutto . . . . .		
Silber pr. Zollpfund fein . . . . .		
Oesterreichische Silbergulden . . . pr. 100 fl. Oest. W.		
do. 1½ Gulden . . . . .	do.	
do. Silbercoup. v. Staatsanl. do. . . . .	do.	
do. do. v. and. Anl. etc. do. . . . .	do.	
do. Bank- und Staatsnoten do. . . . .	do.	
Russische Banknoten . . . . .	pr. 100 Ro.	
Noten derjenigen Banken, welche sich dem Kaiser-Gesetz nicht unterworfen haben . . . . .		
<b>Eisenb.-Stamm-Akt. % Nr. 75 Zins-Term</b>		
Altenburg-Zeitz 5-100,-A. 4	—	1/1
Ansbach-Teplice 5-200 fl. P. . . . .	11	do.
Bergisch-Märkische 5-100,-A. 4	—	do.
Berlin-Schönlinde 5-200,-A. 4	5	1/1 1/7

## Anf ünd i g u n g e n.

## Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Donnerstag, 1. Mai. Norma. Große Oper in 2 Akten von Romant. Musik von Bellini. (117. Abonnements-Vorstellung.)  
Altes Theater. Donnerstag, 1. Mai. Venetia-Vorstellung für Fr. Josephine Wessely. Dora. Schauspiel in 5 Akten von Victorien Sardou.  
Dramatisches von W. Schulther

